
„Kosmopolitischer Idealismus“ und „nationale Realpolitik“

Aspekte der Sicherheitspolitik der deutschen Liberalen zur Mitte des 19. Jahrhunderts

von Miroslav Šedivý

I. Einleitung

Bis vor kurzem waren die geopolitischen Ambitionen der deutschen Liberalen in den 1840er Jahren Gegenstand wissenschaftlicher Auseinandersetzungen. Das Interesse an diesem Thema ist zwar einigermaßen zurückgegangen; eine völlig überzeugende und seitdem vorherrschende Interpretation hat sich gleichwohl nicht durchsetzen können. So bestehen ungebrochen zwei völlig unterschiedliche Einschätzungen dieses Phänomens. Die eine besagt, dass der Ehrgeiz der Liberalen von einem internationalen Idealismus und dem Wunsch nach supranationaler Zusammenarbeit unter den europäischen Nationen geprägt gewesen sei. Angriffslustige Großmachtpläne, zumindest im Hinblick auf außereuropäische Gebiete, seien ihnen laut dieser Auffassung dagegen fremd gewesen.¹ Die realpolitische und imperialistische Wende sei daher erst später, vor allem aber unter dem Eindruck der gescheiterten Revolution von 1848/49 eingetreten. Ihren Niederschlag habe sie in dem Manifest Ludwig August von Rochaus („Grundsätze der Realpolitik“) vier Jahre später gefunden.² Der zweiten Auffassung zufolge war bereits vor 1848 eine realistische

¹ Thomas Brendel, *Zukunft Europa? Das Europabild und die Idee der internationalen Solidarität bei den deutschen Liberalen im Vormärz (1815–1848)*. Bochum 2005, 406–409; Sebastian Conrad, *Deutsche Kolonialgeschichte*. München 2008, 18; Manfred Görtemaker, *Geschichte Europas 1850–1918*. Stuttgart 2002, 214; Anton Grabner-Haider/Klaus S. Davidowicz/Karl Prenner, *Kulturgeschichte des 19. Jahrhunderts*. Göttingen 2015, 63; Ulrike von Hirschhausen, *Nationale Machtpolitik oder europäische Integration? Frühliberale und ihr Verhältnis zur Macht in der „Deutschen Zeitung“ 1847–1850*, in: *Jahrbuch der Hambach-Gesellschaft* 6, 1996/97, 75–97, hier 75 f., 82, 94; dies., *Liberalismus und Nation. Die Deutsche Zeitung 1847–1850*. Düsseldorf 1998, 324 f.

² John Bew, *Realpolitik. A History*. Oxford 2016, 19; Alan Cassels, *Ideology and International Relations in the Modern World*. London/New York 1996, 64, 69–71; Natascha Doll, *Recht, Politik und „Realpolitik“ bei August Ludwig von Rochau (1810–1873)*. Ein wissenschaftsgeschichtlicher Beitrag zum Verhältnis von Po-

Haltung in der deutschen liberalen Bewegung deutlich erkennbar, die im Sinne der späteren Realpolitik – anders als es bisher der Fall war – ein politisch zentralisiertes Deutschland mit großem Heer, Kriegsmarine, Gebietsgewinnen in Europa sowie auch nicht zuletzt die Durchsetzung von kolonialen Ambitionen in Übersee propagierte. Daher sei es notwendig, bereits in den frühen 1840er Jahren nach den Wurzeln von Realpolitik, Machtpolitik, Imperialismus und Kolonialismus des späteren Deutschen Reiches zu suchen.³

litik und Recht im 19. Jahrhundert. Frankfurt am Main 2005, 10, 21–33; *Halda Gramley*, Propheten des deutschen Nationalismus: Theologen, Historiker und Nationalökonomien 1848–1880. Frankfurt am Main/New York 2001, 197–202; *Hirschhausen*, Liberalismus und Nation (wie Anm. 1), 322; *Christian Jansen*, Der schwierige Weg zur Realpolitik. Liberale und Demokraten zwischen Paulskirche und Erfurter Union, in: Gunther Mai (Hrsg.), Die Erfurter Union und das Erfurter Unionsparlament 1850. Köln/Weimar/Wien 2000, 341–368, hier 342; *ders.*, Einheit, Macht und Freiheit. Die Paulskirchenlinke und die deutsche Politik in der nachrevolutionären Epoche 1849–1867. Düsseldorf 2000, 256, 260–261; *ders.*, Revolution, Realismus, Realpolitik. Der nachrevolutionäre Paradigmenwechsel in den 1850er Jahren im deutschen oppositionellen Diskurs und sein historischer Kontext, in: Kurt Bayertz/Myriam Gerhard/Walter Jaeschke (Hrsg.), Weltanschauung, Philosophie und Naturwissenschaft im 19. Jahrhundert. Bd. 1: Der Materialismus-Streit. Hamburg 2007, 223–259, hier 223; *Duncan Kelly*, August Ludwig von Rochau und Realpolitik as Historical Political Theory, in: *Global Intellectual History* 3, 2018, 301–330, hier 309f.; *Hans Kohn*, The Twentieth Century. The Challenge to the West and Its Response. New York 1949, 18; *Frank Möller*, Vom revolutionären Idealismus zur Realpolitik. Generationswechsel nach 1848?, in: Andreas Schulz/Gundula Grebner (Hrsg.), Generationswechsel und historischer Wandel. (HZ, Beih. 36.) München 2003, 71–92, hier 79; *Thomas Nipperdey*, Deutsche Geschichte. München 1998, 719; *Johannes Paulmann*, Globale Vorherrschaft und Fortschritt. Europa 1850–1914. München 2019, 369; *Andreas Rose*, Deutsche Außenpolitik in der Ära Bismarck (1862–1890). Darmstadt 2013, 9.

3 *Immanuel Geiss*, Die deutsche Frage 1806–1990. Mannheim 1992, 34–36; *Hans Fenske*, Imperialistische Tendenzen in Deutschland vor 1866. Auswanderung, Überseeische Bestrebungen, Weltmachtträume, in: *HJb* 97, 1978, 336–383, hier 340; *ders.*, Ungeduldige Zuschauer: Die Deutschen und die europäische Expansion 1815–1880, in: Wolfgang Reinhard (Hrsg.), Imperialistische Kontinuität und nationale Ungeduld im 19. Jahrhundert. Frankfurt am Main 1991, 87–123, hier 87–89; *Matt Fitzpatrick*, Imperialism from Below. Informal Empire and the Private Sector in Nineteenth-Century Germany, in: *Australian Journal of Politics and History* 54, 2008, 3, 358–372; *Horst Gründer*, Geschichte der deutschen Kolonien. Paderborn 2012, 19; *Dieter Hein*, Die deutsche Nation in Europa 1848/49. Die Anfänge nationaler Außenpolitik und das europäische Gleichgewicht, in: Klaus Ries (Hrsg.), Europa im Vormärz. Eine transnationale Spurensuche. Ostfildern 2016, 165–176, hier 174f.; *Manfred Kittel*, Abschied vom Völkerfrühling? National- und außenpolitische Vorstellungen im konstitutionellen Liberalismus 1848/49, in: *HZ* 275, 2002, 2, 333–383, hier 334–343, 378; *Manfred Meyer*, Freiheit und Macht. Studien zum Nationalismus süddeutscher, insbesondere badi-scher Liberaler 1830–1848. Frankfurt am Main u. a. 1994, 274; *Frank Lorenz Müller*, Der Traum von der Weltmacht. Imperialistische Ziele in der deutschen Nationalbewegung von der Rheinkrise bis zum Ende der Paulskirche, in: *Jahrbuch der Hambach-Gesellschaft* 6, 1996/97, 99–183, hier 99; *ders.*, Imperialist Ambitions in Vormärz and Revolutionary Germany, in: *German History* 17/3, 1999, 346–368, hier 346f., 367; *Frank Nägler*, Von der Idee des Friedens zur Apologie des Krieges. Baden-Baden 1990, 522f.; *Wolfram Siemann*, Die

Das Fehlen einer in sich schlüssigen und darüber hinaus allgemein überzeugenden Antwort auf den genannten Widerspruch zwischen idealistischen (internationalistischen) und realistischen Einstellungen der deutschen Liberalen zur Mitte des 19. Jahrhunderts ist vor allem auf den bisherigen methodologischen Ansatz zurückzuführen. Denn die Historiker und Historikerinnen unterlegten ihren Darstellungen in beiden Deutungen stets die Perspektive des nationalen Diskurses, innerhalb dessen sie sich dann vordergründig auf den liberal gesinnten Teil der deutschen Patrioten konzentrierten. Solche Eingrenzung der Perspektive versperrt jedoch den Blick auf den eigentlichen Charakter des Phänomens, das keineswegs auf den liberal gesinnten Teil dieser Gesellschaft beschränkt war und nicht nur der Geschichte des deutschen Nationalismus, sondern der deutschen und sogar europäischen Gesellschaft schlechthin angehörte. Es handelt sich um den allgemeinen Prozess internationaler Unsicherheit, unter deren Horizont der Nationalismus nicht als Ursache politischen Handelns, sondern nur als eine Form der Reaktion darauf einzuschätzen ist – um es zu pointieren: dieser war Akzidenz, nicht Essenz im vormärzlichen Krisenhorizont. Diese zu diagnostizierende internationale Unsicherheit resultierte aus der Häufung internationaler Krisen innerhalb einer kurzen Zeitspanne, was zu der Auffassung führte, dass die postnapoleonische Ordnung nicht oder nicht mehr für die Gewährleistung der Gerechtigkeit und des Friedens in den Beziehungen zwischen den europäischen Staaten und Völkern ausreichend war. Die Reaktion der Europäer auf diesen Vertrauensverlust war nicht einheitlich. Sie reichte von der Forderung nach der Herausbildung von größeren nationalen oder supranationalen Einheiten unter dem Motto „Einigkeit macht stark“ und der Stärkung der eigenen Verteidigung unter dem Slogan „Si vis pacem, para bellum“ bis zu einem eher idealistischen Ansatz unter dem Motto „Si vis pacem, para pacem“ in Form einer organisierten Friedensbewegung, die unter dem Einfluss derselben internationalen Ereignisse seit Anfang der 1840er Jahre einen beträchtlichen Aufschwung erlebte, insbesondere in Großbritannien und Frankreich.⁴

Um diesen Prozess zu analysieren, ist ein anderer methodischer Ansatz erforder-

deutsche Revolution von 1848/49. Darmstadt 1985, 157; *Günter Wollstein*, Das Großdeutschland der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49. Düsseldorf 1977, 333–335.

4 *Wouter De Rycke*, Justifying Utopia. A Legal History of the International Peace Movement (1815–1853). Diss. phil. Brüssel 2023; *Miroslav Šedivý*, Si vis pacem, para bellum. The Italian Response to International Insecurity 1830–1848. Wien 2021.

lich, denn aufgrund seiner Komplexität ist das eindimensionale Konzept des Nationalismus für die Zwecke einer solchen Analyse völlig unzureichend. Das belegt unter anderem die bisherige Bewertung der Rheinkrise in der zweiten Hälfte des Jahres 1840. Die französische Drohung, die deutschen linksrheinischen Gebiete zu annektieren, löste in den Staaten des Deutschen Bundes eine emotionale Reaktion aus, die in der Geschichtsschreibung als wichtiger Impuls für eine qualitative und quantitative Wende in der Entwicklung des deutschen Nationalismus wahrgenommen wurde: dieser sei zu einer massentauglicheren und gleichzeitig teilweise chauvinistischen Bewegung geworden.⁵ Wissenschaftliche Arbeiten der letzten zwanzig Jahre stellten dieses Erbe der Krise zwar in Frage, verharteten aber dennoch weiterhin in der Perspektive der deutschen Nationalbewegung.⁶ Der eigentliche Impetus, welchen die Rheinkrise auslöste, blieb daher de facto verborgen, namentlich: ein schwindender Glaube an die Erhaltung des Friedens und ein zunehmendes Gefühl der Bedrohung von außen.⁷

5 Wolfgang Altgeld, Deutsche Nation und Habsburger Monarchie. Die Entstehung des Mitteleuropagedankens vor 1848, in: Luigi Cotteri (Hrsg.), Die Einheit Europas. Das Problem der Nationalitäten. Meran 1990, 279–299; Anselm Doering-Manteuffel, Die Deutsche Frage und das Europäische Staatensystem 1815–1871. München 1993, 18; Jörg Echternkamp, Der Aufstieg des deutschen Nationalismus (1770–1840). Frankfurt am Main 1998, 498; Karl-Georg Faber, Die Rheinlande zwischen Restauration und Revolution. Probleme der rheinischen Geschichte von 1814 bis 1848 im Spiegel der zeitgenössischen Publizistik. Wiesbaden 1966, 379f.; Alexa Geisthövel, Restauration und Vormärz 1815–1847. München/Wien/Zürich 2008, 45f.; Wolfgang Hardtwig, Vom Elitebewußtsein zur Massenbewegung: Frühformen des Nationalismus in Deutschland 1500–1840, in: Ders., Nationalismus und Bürgerkultur in Deutschland 1500–1914. Göttingen 1994, 34–54, hier 49; Rainer Koch, Deutsche Geschichte 1815–1848. Restauration oder Vormärz?. Stuttgart u. a. 1985, 232f.; Heinrich Lutz, Zwischen Habsburg und Preußen. Deutschland 1815–1866. Berlin 1998, 201–204; Meyer, Freiheit und Macht (wie Anm. 3), 206; Nipperdey, Deutsche Geschichte (wie Anm. 2), 311; Theodor Schieder, Vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich 1815–1871. München 1999, 64; Heinrich August Winkler, Germany. The Long Road West. Vol. I: 1789–1933. Oxford 2006, 79; Hagen Schulze, Der Weg zum Nationalstaat. Die deutsche Nationalbewegung vom 18. Jahrhundert bis zur Reichsgründung. München 1997, 80–83; Lorie A. Vanchena, The Rhine Crisis of 1840: Rheinlieder, German Nationalism, and the Masses, in: Nicholas Vazsonyi (Hrsg.), Searching for Common Ground. Diskurse zur deutschen Identität 1750–1871. Köln 2000, 239–254, hier 239; Siegfried Weichlein, Nationalbewegungen und Nationalismus in Europa. Darmstadt 2006, 47.

6 James M. Brophy, The Rhine Crisis of 1840 and German Nationalism. Chauvinism, Skepticism, and Regional Reception, in: JModH 85/1, 2013, 1–35; Christian Gürtler, Vereine und nationale Bewegung in Breslau 1830–1871. Ein Beitrag Breslaus zur Bewegung für Freiheit und Demokratie in Deutschland. Frankfurt am Main 2003, 33–37; Johannes Honsell, Bayern und die Rheinkrise von 1840. Dipl. phil. München 2002.

7 Miroslav Šedivý, Crisis among the Great Powers. The Concert of Europe and the Eastern Question. London/New York 2017, 280–287; Šedivý, Si vis pacem (wie Anm. 4), 114–123.

Weil es sich dabei hauptsächlich um eine Frage der äußeren Sicherheit handelte, liegt den sich anschließenden Ausführungen der Begriff der Sicherheit zugrunde. Traditionell wird dieses Konzept in der Politikwissenschaft zur Untersuchung von Krieg, Frieden, internationalen Systemen und Sicherheit verwendet.⁸ Dessen Übernahme in den Bereich der historischen Wissenschaften ermöglicht einen Paradigmenwechsel und damit, nunmehr die Hauptkonsequenz der Rheinkrise klar zu sehen, nämlich die Verbreitung von tiefem Misstrauen, dass der Sicherheit des eigenen Staates oder des gesamten Deutschen Bundes entgegengebracht wurde, gleichzeitig verbunden mit Zweifeln an der Langlebigkeit der europäischen Friedensordnung. Die Ausweitung des Betrachtungshorizonts unter dem Paradigma der „Sicherheit“ legt zudem die Erkenntnis nahe, dass die Rheinkrise zwar das Wichtigste, doch bei weitem nicht das einzige Ereignis gewesen war, das zur Entstehung und Zunahme von Unsicherheit führte. Zu den lang andauernden Konflikten Russlands im Kaukasus und Frankreichs in Algerien kamen 1839 drei weitere: der Erste Opiumkrieg zwischen Großbritannien und China, der britisch-afghanische Krieg (beide 1839–1842) und der Krieg im Osmanischen Reich (1839–1841). Im Frühjahr 1840 ereignete sich ein kurzer, nicht formell erklärter britisch-neapolitanischer Krieg um den Schwefelhandel. All diese Vorgänge erregten Aufmerksamkeit in Deutschland und anderen Regionen Europas.

Die aggressive Politik einiger Großmächte auf Kosten schwächerer Staaten haben nicht nur zur Angst geführt, in einen europaweiten Konflikt hineingezogen zu werden, sondern auch zur Suche nach möglichen Lösungen, wie die eigene Sicherheit zu stärken sei. Bei den Lösungsvorschlägen lassen sich zwei Haupttendenzen identifizieren: eine sich als „realistische“ definierende („realpolitische“), die auf die Gewährleistung der äußeren Sicherheit durch ein starkes Deutschland setzte, und eine sogenannte „idealistische“, die an die Kraft der transnationalen Zusammenarbeit glaubte. Diese waren nicht nur in der deutschen Gesellschaft als Ganzer, son-

8 William Bain (Ed.), *The Empire of Security and the Safety of the People*. London/New York 2006; David A. Baldwin, *The Concept of Security*, in: *Review of International Studies* 23/1, 1997, 5–26; Barry Buzan, *Peace, Power, and Security. Contending Concepts in the Study of International Relations*, in: *Journal of Peace Research* 21/2, 1984, 109–125; Eckart Conze, *Geschichte der Sicherheit. Entwicklung, Themen, Perspektiven*. Göttingen 2018, 38; Jennifer Jackson-Preece, *Security in International Relations*. London 2011, 14–20; Edward A. Kolodziej, *Security and International Relations*. Cambridge 2005; Emma Rothschild, *What Is Security?*, in: *Daedalus* 124/3, 1995, 53–98; Andrea Schneider, *Sicherheit in den Internationalen Beziehungen. Theoretische Perspektiven und aktuelle Entwicklungen*. Wiesbaden 2017, 9, 22–33.

dern auch in ihren einzelnen gesellschaftlichen Gruppen und politischen Strömungen und nicht zuletzt auch in der überwältigenden Mehrheit der Einzelmeinungen zeitgleich präsent. Man wird aber kaum einen Realisten finden, der jegliche Form der transnationalen Zusammenarbeit ablehnte. Hier haben also beide anfangs genannten Interpretationen recht, denn beide Tendenzen waren unter den deutschen Liberalen gleichzeitig vorhanden. Die Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden genannten Gruppen scheint zwar auf eine unterschiedliche Betonung der einen oder anderen Tendenz zurückzuführen zu sein. Man muss jedoch denjenigen zustimmen, die argumentieren, dass imperialistische und kolonialistische Ambitionen bereits vor 1848 im liberalen geopolitischen Diskurs Wurzeln geschlagen hatten und dass diese Wurzeln durchaus tief waren. Eben solche Ambitionen stellten eine realistische Form der Reaktion auf die internationale Unsicherheit dar, und es war diese Reaktion, die ab den frühen 1840er Jahren bald die Oberhand gewann, um dann am Ende desselben Jahrzehnts eindeutig vorherrschend zu werden. Dieser geopolitische Realismus war dermaßen bedeutend, dass er Anfang der 1850er Jahre sogar starken Einfluss auf die Stimmung innerhalb der geringen Friedensbewegung in Deutschland nahm.⁹

Diese Studie leistet einen Beitrag zur Beendigung eines langjährigen Streits über die weltpolitischen Ziele der deutschen Liberalen etwa zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Sie folgt einem anderem methodischen Ansatz; dieser beruht, wie oben ausgeführt, auf dem Sicherheitskonzept, das im Gegensatz zum ausschließlichen Blick auf den nationalen Diskurs erlaubt, sich dem Problem breiter, also im gesamtgesellschaftlichen Kontext und im Horizont der europäischen Geschichte zu nähern. Die Debatte über die künftige weltpolitische Stellung wurde nicht nur innerhalb der liberalen und nationalen Strömung geführt, sondern auch unter den meisten Deutschen und unter Europäern. Die Fachliteratur der letzten Jahre hat gezeigt, auch in anderen Milieus des Kontinents enthielt diese geopolitische Debatte beide, das heißt

9 Alwin Hanschmidt, Republikanisch-demokratischer Internationalismus im 19. Jahrhundert. Ideen – Formen – Organisationsversuche. Husum 1977, 9, 47–51; Hans Kohn, Nationalism and Internationalism in the Nineteenth and Twentieth Centuries, in: XII^e Congrès International des Sciences Historiques. Vol. I: Rapports Grands Thèmes. Wien 1965, 209; Jansen, Revolution, Realismus, Realpolitik (wie Anm. 2), 223–259; Möller, Vom revolutionären Idealismus zur Realpolitik (wie Anm. 2), 71–91; Siegfried A. Kaehler, Realpolitik zur Zeit des Krimkrieges. Eine Säkularbetrachtung, in: HZ 174, 1952, 417–478; Andreas Volkmer, Kriegsverhütung und Friedenssicherung durch Internationale Organisation. Deutsche Ideen und Pläne 1815–1871. Diss. phil. Marburg 2012.

sowohl idealistische bzw. internationalistische als auch realistische, Tendenzen und hat in manchen Fällen auch eine Abwehrreaktion in Form von eigenen Einigungsbestrebungen ausgelöst, nämlich bei den Bewohnern der italienischen Staaten und denen Dänemarks, Schwedens und Norwegens.¹⁰

Die oben entworfene epistemische Annäherung eröffnet somit auch den Raum für einen wirklich transnationalen Ansatz, der in der deutschen wie in der angelsächsischen Historiographie noch zu wenig aufgegriffen wird.¹¹ Einen Hinweis auf dieses Versäumnis gibt die aktuelle Fachliteratur über das wesentliche Ereignis von europäischer Bedeutung, das Revolutionsjahr 1848, die diesen Prozess und seine Bedeutung für Deutschland und den europäischen Kontinent überwiegend ausblendet.¹² Selbst das jüngste Opus magnum über die Revolution erkennt das Gefühl der Bedrohung als ein wichtiges Motiv für den Aufstieg des Nationalismus in den 1840er Jahren zwar an¹³; aber es sieht die geopolitische Dimension nur in den gegenrevolutionären Interventionen Frankreichs und Russlands der Jahre 1848 und 1849 und verortet den Beginn einer Wende hin zum Realismus folglich erst in dieser Phase¹⁴.

Hier ergibt sich ein gewisses Dilemma in Bezug auf den inhaltlichen Rahmen dieser Untersuchung: Obwohl der analysierte Prozess kaum aus der engen Perspektive einer einzelnen politischen Gruppe – wie etwa der Liberalen – darzulegen ist und daher umfänglicher im Kontext der politischen Kommunikationsräume in Deutschland und Europa verankert werden sollte, konzentriert sich diese Studie hauptsächlich auf die deutschen Liberalen. Dafür gibt es zwei zwingende Gründe: Der erste ist rein pragmatischen Erwägungen geschuldet, da sich eine umfangreiche, bestenfalls

10 Rasmus Glenthøj/Morten Nordhagen Ottosen, *Scandinavia after Napoleon. The Genesis of Scandinavianism*. Cham 2024; Šedivý, *Si vis pacem* (wie Anm. 4); Miroslav Šedivý, *The Victory of Realism. The German Quest for International Security 1839–1853*. Paderborn 2024.

11 Olaf Blaschke/Simon Potthast, Veit Valentins „Geschichte der deutschen Revolution 1848–1849“ (von 1930/1931). Eine Vorläuferin transnationaler Geschichtsschreibung?, in: *HZ* 316, 2023, 110–145; Axel Körner, *Transnational History. Identities, Structures, States*, in: Barbara Haider-Wilson/William D. Godsey/Wolfgang Mueller (Hrsg.), *Internationale Geschichte in Theorie und Praxis/International History in Theory and Practice*. Wien 2017, 265–290; Paul Thomas Chamberlin et al., *AHR History Lab. On Transnational and International History*, in: *AHR* 128/1, 2023, 255–332.

12 Alexandra Bleyer, *1848. Erfolgsgeschichte einer gescheiterten Revolution*. Stuttgart 2022; Douglas Moggach/Gareth Stedman Jones (Eds.), *The 1848 Revolutions and European Political Thought*. Cambridge 2018.

13 Christopher Clark, *Frühling der Revolution. Europa 1848/49 und der Kampf für eine bessere Welt*. München 2023, 203.

14 Ebd. 919–922.

vergleichende Analyse im beschränkten Rahmen eines Zeitschriftenartikels nicht vornehmen lässt. Der zweite Grund ergibt sich aus dem Umstand, dass der realistisch-idealistische Streit in eben jenem eng umrissenen Zeitfenster und politischen Wirkungsbereich stattfand und dies den Fokus zumindest legitim erscheinen lässt. Nichtsdestoweniger bemüht sich die Studie, ihr Thema dort, wo es möglich und erforderlich ist, weitestgehend zu kontextualisieren. Die im deutschen Liberalismus angelegte Meinungsvielfalt erlaubt es dabei, Vertreter verschiedener Strömungen explizit aufzuführen, von den Linksliberalen wie Rochau über die Rechtsliberalen wie Johann Gustav Droysen und Jacob Grimm bis hin zu konservativen Reformisten wie Ernst Gottfried Georg von Bülow-Cummerow, der mit den Liberalen zusammenarbeitete. Einige Demokraten wie Johann Georg August Wirth, Gustav Struve und Robert Blum werden in geringerem Umfang einbezogen, um die These des Aufsatzes zu untermauern, dass die geopolitischen Befürchtungen und Ziele der Liberalen keine Besonderheit unter den Deutschen darstellten, sondern weit mehr ein allgemeines Elitenphänomen waren. Die in den Texten und der Korrespondenz dieser Männer sowie in der liberalen (Die Grenzboten, Deutsche Zeitung, Kölnische Zeitung, Neue Speyerer Zeitung) und demokratischen (Deutsche Volkshalle, Rheinische Zeitung) Presse artikulierten Ansichten bilden den Kern der Analyse, über die sich ein vergleichsweise präzises Abbild der Haltungen und der politischen Mentalität nachzeichnen lässt, wie sie unter den sozialen und politischen Eliten der deutschen Gesellschaft dominierten.

Der Begriff der „deutschen Gesellschaft“ wird hier in seiner beinahe allumfassenden Reichweite gebraucht und geht dabei naturgemäß über den Kreis der liberal und demokratisch gesinnten Patrioten hinaus. Er umfasst die deutschsprachigen Einwohner (Deutschen) des Deutschen Bundes (Deutschlands), meistens die herrschenden Eliten und die gebildeten Mitglieder der oberen und mittleren Gesellschaftsschichten, bei denen die internationalen Angelegenheiten auf größte Resonanz stießen. In diesem Zusammenhang gilt es indes zu betonen, dass während der Rheinkrise die Angst vor einem Krieg auch das Interesse und die Besorgnis der unteren Schichten weckten, die sich in der Regel nicht für internationale Ereignisse interessierten, im Kriegsfall aber am stärksten von der Wehrpflicht und höheren Steuern betroffen waren. Die Stimmung in dieser breiten Öffentlichkeit spiegelt sich in der Quellenüberlieferung in verschiedener Form, von Ego-Dokumenten bis zu polizeilicher und diplomatischer Berichterstattung – Letzteres, da auch die im Deut-

schen Bund akkreditierten Diplomaten die öffentliche Meinung im Aufnahmestaat gewissenhaft beobachteten und protokollierten.¹⁵

Anhand dieser Quellen wird in Abschnitt II die Entstehung, Entwicklung und Wahrnehmung internationaler Unsicherheit in Deutschland um 1840 dargestellt. Die Reaktionen ausgewählter Liberaler und anderer Gebildeter werden dabei in das bis dato anonyme gesellschaftliche Klima eingebettet. Die analytische Erfassung der mannigfachen Projekte dieser und anderer Liberaler, die darauf abzielten, Deutschlands Sicherheit im Sinne des geopolitischen Realismus zu erhöhen, bilden den Kern von Abschnitt III. Der sich anschließende Abschnitt IV beschäftigt sich systematischer mit der Bedrohungswahrnehmung rund um den gesamten Deutschen Bund, weil das Gefühl der Einkreisung weit über die liberale Bewegung hinaus wichtig für die allmähliche Hinwendung zum Realismus war. Zugleich findet sich hier ein Erklärungsansatz für den Umstand, dass diese Wahrnehmung nicht nur quer durch die gesellschaftlichen Gruppen und politischen Strömungen verlief, sondern ebenso in sämtlichen Staaten des Deutschen Bundes angelegt war, unabhängig von ihrer Größe oder dem Grad der Zensur. Wie verschiedene Quellen – darunter die oben erwähnten polizeilichen, diplomatischen und konsularischen Berichte – belegen, wuchs nicht nur in der Bevölkerung der kleineren Bundesstaaten, sondern auch in Österreich und Preußen das Misstrauen gegenüber der Fähigkeit der postnapoleonischen Ordnung, den Frieden zu wahren. Dies ging einher mit einer wachsenden Furcht vor der Feindseligkeit Russlands, Frankreichs und Großbritanniens und im schlimmsten Fall vor einem wie auch immer gearteten antideutschen Zusammenschluss. In diesem Fall hätten selbst Österreich und Preußen Verbündete benötigt. Daher teilten die Liberalen aus kleineren und größeren Staaten übergreifend vergleichbare geopolitische Sorgen und realistische Visionen. Der Hauptunterschied lag dabei in der Einschätzung der Lage, also in der Gewichtung des Ausmaßes der einzelnen Bedrohungen. So befasste sich der österreichische Liberale Franz Schuselka vor allem mit der russischen Bedrohung auf dem Balkan, während Droysen in Kiel in erster Linie an der Sicherheit Deutschlands gegenüber Dänemark und

15 Miroslav Šedivý, *The Austrian Empire, German Nationalism and the Rhine Crisis of 1840*, in: *Austrian History Yearbook* 47, 2016, 15–36; Steffen L. Schwarz, *Despoten, Barbaren, Wirtschaftspartner. Die Allgemeine Zeitung und der Diskurs über das Osmanische Reich 1821–1840*. Wien 2016, 279f.; Jonathan Sperber, *Rhineland Radicals. The Democratic Movement and the Revolution of 1848–1849*. Princeton, NJ 1991, 268; Hans-Ulrich Wehler, *Nationalismus. Geschichte – Formen – Folgen*. München 2004, 73.

Schweden-Norwegen interessiert war. Beide waren sich jedoch einig, dass Deutschlands geo- und sicherheitspolitische Lage in beiden Fällen als prekär galt. Das Gefühl, von Feinden umgeben zu sein, führte letztlich dazu, dass sich viele Deutsche gegen die wahrgenommenen Bedrohungen aus der Umgebung solidarisierten, unabhängig davon, woher sie kamen und welcher politischen Geisteshaltung sie anhingen. Eine weitere Folge des starken Bedrohungsgefühls war, dass sich ihre geopolitischen Ansichten, auch die der Liberalen, im gesamten Deutschen Bund etwa zeitgleich herausbildeten, ganz ungeachtet dessen, in welchem Maß Rede- und Meinungsfreiheit in den einzelnen Mitgliedstaaten eingeschränkt waren. In der Tat spielte die Zensur bei der Verbreitung außenpolitischer Nachrichten eine weitaus geringere Rolle als bei anderen Themen, unter anderem deshalb, weil es in diesem Bereich häufig zu Überschneidungen in der Meinungsbildung auf Seiten der Regierungen und der Opposition kam.¹⁶

Die Liberalen waren sich nicht nur über die äußeren Bedrohungen einig, sondern auch über den Umgang mit der äußeren Sicherheit. Zwar fehlte es ihnen nicht an idealistischen Visionen internationaler Zusammenarbeit mit anderen Nationen; ihre Überzeugung von der Notwendigkeit eines starken Deutschlands als Garant der eigenen Sicherheit und des europäischen Friedens aber ließ sie eine realistische Position einnehmen. Die in dieser Studie diskutierten Liberalen waren in der internationalen Politik ausnahmslos Realisten, auch schon vor 1848. Ähnliche Entwicklungen finden sich zur gleichen Zeit in Italien oder Dänemark aus identischen Gründen und Erwägungen¹⁷, was einige skandinavische Historiker kürzlich dazu veranlasst hat, eine „realistische Theorie des Nationalismus“ vorzuschlagen¹⁸. Die Tragweite und Kontinuität des Realismus wird im letzten Abschnitt V am Beispiel zweier Liberaler verdeutlicht: Rochau, der zumindest auf geopolitischer Ebene unter dem Einfluss der Rheinkrise zu einer realpolitischen Haltung gelangte, und Julius Rupp, der, wenn auch Führer der organisierten Friedensbewegung in Königsberg, nach seinen Erfahrungen mit den internationalen Verwerfungen der 1840er ebenfalls eine macht- und expansionsorientierte Position einnahm. Auch hier bietet die vorge-

16 Schwarz, Despoten, Barbaren, Wirtschaftspartner (wie Anm. 15), 279f.; Miroslav Šedivý, The German Response to Austria's Annexation of Cracow in 1846, in: *German History* 40/3, 2022, 340–360; Isabel Weyrich, Die Zensur als Mittel der Unterdrückung von liberalen Bestrebungen im österreichischen Vormärz 1830–1848. Wien 1975, 50f.

17 Šedivý, Si vis pacem (wie Anm. 4), 237–304.

18 Glenthøj/Ottosen, Scandinavia After Napoleon (wie Anm. 10), 316–324.

schlagene Sicherheitslogik einen neuen Erklärungsansatz dafür, warum Rupp diese Position auf Kosten des für die Friedensbewegung typischen Internationalismus vertrat und warum die Bewegung in Deutschland und anderen europäischen Staaten eine marginale Kraft blieb: Idealistischer Pazifismus wurde von den meisten Zeitgenossen als unzureichend angesehen, um die eigene Sicherheit und den Frieden langfristig zu gewährleisten.¹⁹

II. Internationale Unsicherheit um 1840

Die Angst vor dem Krieg kam nicht erst mit dem Ausbruch der Rheinkrise im Juli 1840 auf, sondern hatte sich bereits ein Jahr zuvor mit dem Beginn des bewaffneten Konflikts innerhalb des Osmanischen Reiches angekündigt. Die Fehde zwischen dem Sultan und seinem ägyptischen Pascha, die später zur Rheinkrise führte, wurde als ernsthafte Gefahr für den Frieden Europas angesehen: Aufgrund der gegensätzlichen Interessen der Großmächte konnte der Flächenbrand leicht vom Nahen Osten auf das Innere des Alten Kontinents übergreifen.²⁰ Diese negative Wechselbeziehung zwischen Orient und Okzident stellte seit langem ein allgemein anerkanntes Problem der sogenannten Orientalischen Frage dar. Darüber hinaus haben sein bedrohliches Potenzial im deutschen Milieu die Gerüchte über die Ambitionen des Zaren genährt, denn der Herrscher des Russischen Reiches äußerte seine Bereitschaft auf dem osmanischen Balkan, die russische Kontrolle über die Donaumündung auszunutzen, um die Handelsschifffahrt zwischen dem Deutschen Bund und dem Schwarzen Meer zu blockieren.²¹

Aus diesen Gründen verschärfte sich im Jahr 1839 in der deutschen Publizistik die Kritik, welche an der Politik der europäischen Mächte und gleichzeitig am gesamten postnapoleonischen System der internationalen Beziehungen geübt wurde.

19 De Rycke, *Justifying Utopia* (wie Anm. 4), 514.

20 Letitia W. Ufford, *The Pasha. How Mehemet Ali Defied the West, 1839–1841*. Jefferson, NC/London 2007.

21 Wolfgang Menzel, *Europa im Jahr 1840*. Stuttgart 1839, 123–125; Friedrich Schott, *Die orientalische Frage und ihre Lösung aus dem Gesichtspunkte der Civilisation*. Leipzig 1839, 154f.; *Deutsche Volkshalle*, 9. Februar 1840, 115, 6. August 1840, 571–572; Beilage zur Allgemeinen Zeitung, 18. November 1839, 2518–2519; *Das asiatische Gleichgewicht*, in: Beilage zur Allgemeinen Zeitung, 11. und 12. September 1840, 2025–2026, 2035–2036; Schwarz, *Despoten, Barbaren, Wirtschaftspartner* (wie Anm. 15), 286.

In den Zeitungsartikeln begegnet man häufiger dem Hinweis auf die Gefahr, welche die bestehende internationale Situation für den europäischen Frieden und die Sicherheit des Deutschen Bundes darstellte.²² Die umfangreichste dieser Analysen, deren Pessimismus kaum zu übertreffen war, dürfte Wolfgang Menzel, der wenigstens in seiner Jugend ein Liberaler war, mit seinem Text „Europa im Jahr 1840“ geboten haben, der als Antwort auf diverse internationale Bedrohungen im Stil des geopolitischen Realismus niedergeschrieben wurde.²³ Auch andere zeitgenössische Quellen bestätigen, welche Aufmerksamkeit die politischen und diplomatischen Eliten und gleichzeitig die breite Öffentlichkeit vor allem der gebildeten Mittel- und Oberschicht der Orientalischen Frage entgegengebracht. Nicht zuletzt war die Überzeugung, unmittelbar bedroht zu sein, tief in der liberalen Publizistik jener Zeit verwurzelt, und Liberale in ganz Deutschland wie Schuselka, Heinrich von Gagern und Karl Hagen sahen in der geopolitischen Lage des südöstlichen Europas eine Bedrohung für den ganzen Deutschen Bund.²⁴

Es sollte an dieser Stelle ergänzt werden, dass die vom liberalen, demokratischen und auch konservativen Lager geäußerte Kritik an den Großmächten kaum vom Verfassungstyp oder von der jeweiligen Auffassung über das Maß politischer Freiheiten in der gegebenen Großmacht beeinflusst war. So verurteilten Liberale und Demokraten die tatsächlichen oder vermeintlichen Ambitionen Russlands ebenso wie die Außenpolitik Frankreichs und Großbritanniens; dasselbe galt aber auch für die Konservativen, die Russland häufig als geopolitische Bedrohung betrachteten.²⁵ Ein wichtiges Moment für die negative Wahrnehmung der Außenpolitik Großbritanniens war die Aggression gegen das Königreich beider Sizilien im Frühjahr 1840, als ein Streit über die Ausfuhr von sizilianischem Schwefel und dessen Bedarf auf

22 Verwicklung der europäischen Politik, in: Deutsche Volkshalle, 29. Dezember 1839, 297–298; Das Europäische Staatensystem, in: Deutsche Volkshalle, 5. Februar 1840, 99.

23 Menzel, Europa im Jahr 1840 (wie Anm. 21).

24 Die Stimmungsberichte über die öffentliche Meinung in Brünn im Juli, August, Oktober und November 1839, in: Moravský zemský archiv, 36, Policejní ředitelství Brno, 95; Neue Speyerer Zeitung, 14. August 1839, 713; Deutsche Volkshalle, 5. Januar 1840, 13; Allgemeine Zeitung, 15. Januar 1840, 117–118, 16. Januar 1840, 125–156; Sebastian Diziol (Hrsg.), Die ganze Geschichte meines gleichgültigen Lebens, Bd. 2: 1829–1849, Franz Simon Meyer in Zeiten der Revolution. Kiel 2017, 218; Schwarz, Despoten, Barbaren, Wirtschaftspartner (wie Anm. 15), 283–290; Niklas Lenhard-Schramm, Konstrukteure der Nation. Geschichtswissenschaftler als politische Akteure in Vormärz und Revolution 1848/49. Münster/New York 2014, 196–198.

25 Brendan Simms, Nationalismus und Geopolitik in Deutschland vor 1847, in: Vincenc Rajšp/Ernst Bruckmüller (Hrsg.), Recht, Geschichte, Nation. Laibach 1999, 397–404, hier 403.

den Britischen Inseln die Regierung in London dazu veranlasste, eigene wirtschaftliche Interessen mit Gewalt durchzusetzen: Im April begann die britische Mittelmeerflotte, Handelsschiffe unter neapolitanischer Flagge zu kapern.²⁶ Nach vorherrschender Meinung auf dem Kontinent, aber auch unter einigen britischen Juristen stand das Recht nicht auf der Seite Großbritanniens. Trotzdem half keine kontinentale Großmacht dem König in Neapel, und so beugte dieser sich dem enormen Druck und kam den britischen Forderungen nach. Auch diese Angelegenheit wurde im gesamten Deutschen Bund aufmerksam verfolgt, wo die antibritische Haltung eindeutig vorherrschte. Das Vorgehen des britischen Kabinetts wurde nicht nur als rechtswidrig, sondern auch als Ausdruck einer aggressiven Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen betrachtet. Darüber hinaus zog man eine Parallele zum Opiumkrieg mit China. Die Deutschen kamen zum Schluss, dass dieses Verhalten nicht nur die Sicherheit kleinerer und damit schwächerer Staaten, sondern auch den europäischen Frieden gefährde.²⁷ Aus Berlin berichtete der württembergische Diplomat, dass „die Angelegenheit hier als sehr ernst und äußerst friedensgefährdend für Europa angesehen wird“.²⁸ In Wien berichtete die Polizei in Reaktion auf den Schwefelkrieg:

„Man bedauert sehr diesen schnellen Umschwung der Dinge, weil man darin zugleich den Wink wahrnehmen zu müssen glaubt, der Frieden Europas ruhe

26 Dennis W. Thomson, *The Sulphur War (1840). A Confrontation between Great Britain and the Kingdom of the Two Sicilies in the Mediterranean*. Ann Arbor, MI 1989.

27 Golstein an Verstolk, Hamburg, 8. Mai 1840, in: Nationaal Archief, Ministerie van Buitenlandse Zaken 1813–1870, 2.05.01, 1191; Fontenay an Thiers, Stuttgart, 13. August 1840, in: Archives du Ministère des affaires étrangères (AMAE), Correspondance politique, Wurtemberg 68; Lerchenfeld an Ludwig I. von Bayern, Wien, 20. April 1840, in: Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Ministerium des Auswärtigen, Österreich 2409; Prey an Smidt, Wien, 18. und 26. April 1840, in: Staatsarchiv Bremen, 2-C, ad C.11.a; Löwenstern an Krabbe-Carisius, Wien, 22. April und 2. Mai 1840, in: Rigsarkivet (RGA), Departementet for de Udenlandske Anliggender (DUA), Østrig 2852; Graffen an Sieveking, Wien, 23. April 1840, in: Staatsarchiv Hamburg, 111–1 Senat, 2789; Pechlin an Krabbe-Carisius, Frankfurt am Main, 28. April und 12. Mai 1840, RGA, DUA, Frankfurt a. M. 1471; Stimmungsbericht über die öffentliche Meinung in Prag in Mai 1840, in: Národní archiv České republiky, Presidium českého gubernia – tajné, 1819–1848, 43; Stimmungsbericht über die öffentliche Meinung in Wien in Mai 1840, in: Karl Glossy (Hrsg.), *Wien 1840–1848. Eine amtliche Chronik*, Erster Teil: 1840–1844. Wien 1917, 16 u. 263; Deutsche Volkshalle, 19. April 1840, 325; Neue Speyerer Zeitung, 24. April 1840, 368.

28 Linden an Wilhelm I. von Württemberg, Berlin, 7. Mai 1840, in: Landesarchiv Baden-Württemberg, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E 50/03 Bü 63. Siehe auch San Martino an Solaro, Berlin, 25. April 1840, in: Archivio di Stato di Torino, Lettere ministri, Prussia 29; Antonini an Scilla, Berlin, 21. April und 7. Mai 1840, in: Archivio di Stato di Napoli, Ministero Affari Esteri 4130.

keineswegs auf einer so festen Basis, als dass er nicht durch irgend einen zufälligen Inzidenzpunkt ganz unerwartet erschüttert werden könnte.“²⁹

Unter den Liberalen hatten die Schwefel- und Opiumkriege Dauerbesorgnis über die britische Außenpolitik ausgelöst, auch unter jenen Liberalen, die Großbritannien für seine Herrschaft und wirtschaftliche Stärke bewunderten. Als partes pro toto seien hier nur Karl Heinrich Brüggemann, Gustav Höfken, Friedrich List, Ferdinand Schirnding und Christian Friedrich Wurm genannt.³⁰

Der bei weitem einflussreichste internationale Vorfall war die Rheinkrise, die durch die Isolierung Frankreichs im türkisch-ägyptischen Konflikt ausgelöst wurde. Als die anderen vier Großmächte im Juli 1840 beschlossen, ohne Frankreich zu verhandeln, versuchte die Pariser Regierung, durch Kriegsdrohungen Zugeständnisse zu erzwingen. Sie begann daher mit den Vorbereitungen für einen bewaffneten Konflikt, aber nicht im Nahen Osten, sondern in Europa. Die französische Presse nutzte die Situation, um zur Vergeltung für die Schlacht von Waterloo und zur Erlangung einer natürlichen Grenze am Rhein aufzurufen. Dies bedeutete jedoch die Eroberung der linksrheinischen Gebiete des Deutschen Bundes. Zwischen Frankreich und Deutschland entbrannte ein Federkrieg, in dem die Deutschen den Franzosen deren Kriegslust vorwarfen und sich entschlossen weigerten, ihr Gebiet aufzugeben. Es ist in der Geschichtsschreibung bereits gut dokumentiert, wie geschlossen und vehement die deutschen Liberalen innerhalb dieses antifranzösischen Lagers auftraten.³¹

Obwohl es zu keinem bewaffneten Konflikt kam und die Krise noch im Laufe des Winters beigelegt wurde, war sie für viele Deutsche zu einer wichtigen Memento mori-Erfahrung geworden, da sie sich ein Vierteljahrhundert nach dem Ende der Na-

29 Stimmungsbericht über die öffentliche Meinung in Wien in Mai 1840, in: Glossy (Hrsg.), Wien 1840–1848 (wie Anm. 27), 16.

30 *Friedrich List*, Dr. Bowring und der Deutsche Zollverein, 1839, 1839 und 1841, in: Erwin von Beckerath (Hrsg.), *Friedrich List. Schriften, Reden, Briefe*, Bd. 5. Berlin 1928, 165–166, 186–192; *Gustav Höfken*, Englands Zustände, Politik und Machtentwicklung mit Beziehung auf Deutschland, Bd. 1. Leipzig 1846, VII; *Ferdinand Leopold Schirnding*, Böhmens Zukunft und Oesterreichs Politik vom Standpunkte der Vergangenheit und Gegenwart, Bd. 2. Leipzig 1844, 12; *Christian Friedrich Wurm*, Der projectirte Canal von Suez, in: *Deutsche Vierteljahrs-Schrift* 1/2, 1844, 312–317; *Karl Buchheim*, Die Stellung der Kölnischen Zeitung im vormärzlichen rheinischen Liberalismus. Leipzig 1914, 237 f., 255.

31 *James M. Brophy*, *Popular Culture and the Public Sphere in the Rhineland, 1800–1850*. Cambridge 2007, 91; *Šedivý*, *Crisis among the Great Powers* (wie Anm. 7); *Irmeline Veit-Brause*, *Die deutsch-französische Krise von 1840. Studien zur deutschen Einheitsbewegung*. Köln 1967.

poleonischen Kriege einer identischen Bedrohung ausgesetzt sahen. Eben zu dieser Zeit verfestigte sich die Meinung, dass es trotz des langen Friedens töricht wäre anzunehmen, dieser Zustand könne lange andauern. Manche glaubten sogar, dass ein großer Krieg in Europa unvermeidlich sei und zudem bald kommen werde. Ein gemäßigt liberaler Bankier aus Baden, Franz Simon Meyer, notierte in seinem Tagebuch:

„Wie viel grösser noch war die Angst, die Sorge aller Gemüther, wie furchtbar mehr die Gefahr! Seit 1830 nie mehr standen Krieg, Zerstörung und alle Leiden der europäischen Gesellschaft drohender gegenüber.“³²

Auch die gütliche Beilegung des Streits zwischen den Großmächten konnte diese Befürchtungen nicht ganz zerstreuen. Gegen Ende des Jahres 1840 äußerte sich die liberale Neue Speyerer Zeitung sehr pessimistisch:

„Allerseits rüstet man sich. Mögen sich die orientalischen Wirren immerhin beschwichtigen, so hat man nun einmal in Europa das Vertrauen auf die Dauer des Friedens verloren.“³³

Der Herausgeber dieser Zeitung, Georg Friedrich Kolb bemerkte im November, dass „der früher (mehr praktisch als theoretisch) verbreitete Glaube an eine Art ewigen Friedens [...] als vernichtet“ erscheine.³⁴ Im Januar 1841 schrieb Karl Mathy sogar über die Wahrscheinlichkeit eines „Weltkrieges“.³⁵ Der Zweifel an der Erhaltung des Friedens hielt sich auch nach deren Ende unter den Liberalen sowie anderen Deutschen.³⁶

Der Grund für diesen Skeptizismus war nicht nur der erklärte Wunsch der Franzosen nach deutschem Territorium, sondern auch das Misstrauen der Deutschen gegenüber anderen nichtdeutschen Mächten, von denen nur wenige Beobachter eine wirksame Unterstützung gegen die französische Aggression erwarteten. Im Gegenteil, einige Deutsche wie der Liberale Jacob Venedey waren davon überzeugt, dass Großbritannien den Krieg auf dem Kontinent nutzen würde, um seinen traditionellen Rivalen zu schwächen, während Russland seinen Einfluss in Südosteuropa stär-

32 Dizioł, Franz Simon Meyer (wie Anm. 24), 223.

33 Neue Speyerer Zeitung, 27. Dezember 1840, 1145.

34 Nögler, Von der Idee des Friedens zur Apologie des Krieges (wie Anm. 3), 378.

35 Müller, Der Traum von der Weltmacht (wie Anm. 3), 104.

36 Warum sollen wir und auf welche Weise können wir Frieden halten?, in: Regensburger Zeitung, 11. Januar 1842, 41.

ke.³⁷ Das „Konzert“ der Großmächte schien daher ein unzuverlässiger Garant für die Wahrung des Friedens und – angesichts der anderen internationalen Affären – für die Achtung des Völkerrechts geworden zu sein. Das Vertrauen auf das Völkerrecht wurde auch durch die Erinnerung an ältere Vorfälle erschüttert, wie zum Beispiel an die widerrechtliche bewaffnete Besetzung der Papststadt Ancona durch die Franzosen im Februar 1832. All dies führte zu einem wachsenden Misstrauen nicht nur gegenüber der Politik einzelner, vor allem nichtdeutscher Großmächte, sondern auch gegenüber dem gesamten postnapoleonischen Staatensystem. Die zur Zeit des Schwefelkrieges unter den Deutschen verbreitete Meinung lässt sich mit der Aussage der Deutschen Volkshalle zusammenfassen:

„Man sieht, dass nach der traurigen Beschaffenheit des heutigen Völkerrechts Macht und Gewalt der einzige Rechtstitel ist, dass man immer nur den Schwachen auszubeuten trachtet und alle Entwürfe und Unternehmungen der Staatskunst nur auf das Recht des Stärkeren stützt.“³⁸

Dieses Misstrauen gegenüber der postnapoleonischen Ordnung war bei den Liberalen und Demokraten am stärksten ausgeprägt, doch sie teilten es nicht selten mit dem konservativen Teil der Gesellschaft. Den Hauptimpuls empfangen ihre geopolitischen Debatten aus der Sorge um die äußere Sicherheit des Deutschen Bundes, doch auch viele andere außenpolitische Fragen führten die Meinungen der Lager zusammen. Diese Harmonie war leicht zu erreichen, weil äußere Bedrohungen alle deutschen Staaten und damit auch dem Bund als Ganzem galten. Nicht nur die territoriale Integrität, sondern auch wirtschaftliche Interessen standen auf dem Spiel. Das galt auch für die bereits erwähnte Schifffahrt auf der unteren Donau, die nicht nur in Bayern und Österreich, sondern auch in donaufernen Staaten als entscheidend angesehen wurde. Das deutsche Territorium und der deutsche Handel konnten sowohl durch die Feindseligkeit einzelner Staaten als auch durch den Ausbruch des Krieges in Europa insgesamt bedroht werden, in den der Deutsche Bund nach allgemeiner Auffassung aufgrund seiner zentralen geografischen Lage unweigerlich hineingezogen würde. Daher wurden selbst Ereignisse wie der Schwefelkrieg, die nicht in erster Linie die Sicherheit Deutschlands betrafen, von einem Teil der Bevölkerung als potenzielle Bedrohung der eigenen Sicherheit wahrgenommen; die Rheinkrise wiederum diente als Bestätigung der bereits bestehenden Meinung, dass

37 *Jacob Venedey, L'Allemagne, et la Sainte Alliance des peuples. Paris 1841, 11 f.*

38 Deutsche Volkshalle, 7. Mai 1840, 364.

selbst ein weit entfernter Konflikt im Osmanischen Reich ein erhebliches Risiko für die Sicherheit des Deutschen Bundes darstellte.³⁹

III. Geopolitischer Realismus und Idealismus auf der Suche nach Sicherheit

Das Konzept der Sicherheit ist mit drei grundlegenden Fragen verbunden. Die ersten beiden – Sicherheit wovor und für wen – sind bereits beantwortet worden. Die dritte Frage bezieht sich auf die Mittel zur Gewährleistung der Sicherheit. Wohl nicht zufällig führte das Gefühl der Bedrohung nicht nur zur Kritik am Verhalten der Großmächte und an der von ihnen beherrschten internationalen Ordnung insgesamt, sondern auch zur Forderung nach einer Verbesserung der äußeren Sicherheit des Deutschen Bundes. Als Reaktion auf die Rheinkrise beschlossen die deutschen Staaten den Bau der zwei Festungen in Ulm und Rastatt zur Verstärkung der Westgrenze und verordneten zudem Bundesinspektionen der Bundeskontingente zur Gewährleistung ihrer ausreichenden Kampffähigkeit.⁴⁰

Einigen Deutschen genügten diese Schritte, auch angesichts der wachsenden Bevölkerung und der Wirtschaftskraft des gesamten Bundesgebietes.⁴¹ Für andere waren jedoch diese Schritte unzureichend, und für sie blieb die Frage der Gewährleistung der äußeren Sicherheit immer noch unbeantwortet. Aus der letztgenannten Gruppe kamen dann Vorschläge, um Deutschland noch stärker zu machen. Diese lassen sich sinnvoll als mehrere Projekte zusammenfassen, bei denen der gleiche Zeitpunkt ihrer Entstehung oder zumindest ihrer starken Unterstützung in der deutschen Gesellschaft um 1840 besonders auffällt.

1. Die grundlegende Vision zur Sicherheitssteigerung Deutschlands war eine stär-

39 Die Diplomatie und die Politik der Prinzipien, in: Deutsche Volkshalle, 29. September 1840, 702; *Johann Philipp Becker*, Ein Wort über die Fragen der Zeit, seinen Mitbürgern zum Geschenk. Belle-Vue (Konstanz) 1841, in: Hans Fenske (Hrsg.), Vormärz und Revolution 1840–1849. Darmstadt 1976, 6–42; *Karl Weil*, Blicke auf die gegenwärtige Lage von Europa, in: Konstitutionelle Jahrbücher 3, 1843, 268.

40 *Jürgen Angelow*, Von Wien nach Königgrätz. Die Sicherheitspolitik des Deutschen Bundes im europäischen Gleichgewicht (1815–1866). München 1996, 115–125.

41 Die Machtverhältnisse der deutschen Staaten und die Versammlung des achten Armeecorps, in: Beilage zur Allgemeinen Zeitung, 18. September 1840, 2081–2082, 19. September 1840, 2089–2090; Das südwestliche Deutschland, seine Stimmung, seine Ansichten und Wünsche, in: Beziehung auf die gegenwärtigen politischen Conjunctionen. Karlsruhe 1840, 52–55.

kere politische Zentralisierung. Die Umformung des Staatenbundes in einen Bundestaat sollte diesem ausreichende operative Macht durch ausgeprägte Bundeskompetenzen und damit bessere Möglichkeiten verschaffen, die Interessen der deutschen Nation auf der internationalen Bühne diplomatisch und militärisch zu vertreten. Der Begriff der Nation diene hier als wichtiges Argument, und zwar dergestalt, dass sich die Geschichte der Napoleonischen Kriege wiederhole. Diese geo- und nationalpolitische Reaktion entstand nicht erst mit der Rheinkrise, sondern bereits im Herbst 1839 im Zusammenhang mit der Orientalischen Frage. Wolfgang Menzels Schrift „Europa im Jahr 1840“ artikulierte nicht nur den Zweifel an der Kraft des Völkerrechts und der Dauerhaftigkeit des Friedens, sondern auch den Vorschlag zur Stärkung der materiellen Kraft der deutschen Nation.⁴² Beeinflusst von der Furcht vor einem Übergreifen des Konflikts im Osmanischen Reich auf Mitteleuropa trat auch die Deutsche Volkshalle in diesem Sinne für eine größere politische Einheit der Nation ein.⁴³ Insbesondere während der Rheinkrise gewann diese Forderung an Popularität und lässt sich in den Schriften vieler Liberaler und Demokraten nachweisen, darunter David Hansemann, Johann Philipp Becker und Niklas Müller.⁴⁴ Der Schwefelkrieg hatte in dieser Hinsicht eine ähnliche, wenn auch etwas geringere Wirkung. Als Struve später für die nationale Einheit plädierte, äußerte er die Meinung, dass

„Neapel [...] nicht so rücksichtslos bei Gelegenheit des Schwefelstreites von England behandelt worden [wäre], hätte es einen festen Rückhalt an den übrigen Staaten Italiens gehabt“.⁴⁵

2. Angesichts der drohenden Gefahr forderten die Deutschen auch die Erhöhung der Kampfkraft der Streitkräfte. Für das Bundesheer bedeutete dies insbesondere Aufstockung, schnellere Mobilisierung und Bau von Festungen. Lauter ist aber gleichzeitig auch die Forderung nach der Schaffung einer Kriegsmarine geworden, deren Hauptzweck der Schutz der norddeutschen Küste und zudem der Handelsschifffahrt in der Ost- und Nordsee sein sollte. Auch wenn diese Forderung

42 *Menzel*, *Europa im Jahr 1840* (wie Anm. 21), 191f.

43 *Die Diplomatie und die Politik der Prinzipien*, in: *Deutsche Volkshalle*, 29. September 1840, 702.

44 *David Hansemann*, *Denkschrift für Friedrich Wilhelm IV.*, August/September 1840; *Becker*, *Ein Wort über die Fragen der Zeit* (wie Anm. 39); *Niklas Müller*, *Deutschland und Frankreich am Neujahr 1841. Worte zur Zeit mit deutschen Vaterlandsgesängen*, Mainz 1841, in: Fenske (Hrsg.), *Vormärz und Revolution* (wie Anm. 39), 24–25, 40–46.

45 *Gustav Struve*, *Grundzüge der Staatswissenschaft*, Bd. 4. Frankfurt am Main 1848, 184.

während der Rheinkrise erheblichen Auftrieb erhielt, unter anderem wegen der Erwartung eines Seekriegs im Falle eines gesamteuropäischen Konflikts, lässt sie sich doch mindestens bis zum Schwefelkrieg zurückverfolgen, der im Zusammenhang mit dieser Forderung auch mehr als einmal ausdrücklich erwähnt wurde. Nicht zufällig war das Streben nach Sicherheit auf dem Meer von Anfang an durch ein Misstrauen gegenüber der britischen Politik motiviert, was auch für viele deutsche Liberale, wie List, Karl Biedermann, Friedrich Sass, und die Demokraten, etwa Adolph Wiesner, galt.⁴⁶

3. Die Beteiligung der Großmächte am türkisch-ägyptischen Krieg und am Ersten Opiumkrieg gab vielen Deutschen das Gefühl, dass ihre Sicherheit nicht nur eine europäische, sondern auch eine globale Angelegenheit sei. Deutschland sollte also nicht nur zur europäischen Macht, sondern buchstäblich zur Weltmacht werden. Das dürfte auch der Grund sein, weshalb beide genannten Ereignisse die kolonialen Ambitionen in Übersee stimuliert haben, zunächst im östlichen Mittelmeerraum in Erwartung des Zusammenbruchs des Osmanischen Reiches, später auch in anderen Teilen der Welt. Obwohl die Geschichtsschreibung diesen kolonialen Ehrgeiz der deutschen Liberalen bereits erkannt hat, ist der Zusammenhang zwischen diesem Ehrgeiz und den Ereignissen der frühen 1840er Jahre sowie dem sich anschließenden Misstrauen gegenüber nichtdeutschen Mächten noch wenig erforscht.⁴⁷ Die Liberalen sahen in der Schaffung eines Kolonialreichs ein weiteres Mittel, um „deutsche“ Macht gegenüber dem Expansionismus Frankreichs, Russlands oder Großbritanniens in Übersee zu verankern. Deshalb wurde die Forderung, Deutschland zu einer Weltmacht zu entwickeln, unter ihnen seit den frühen 1840er Jahren häufig erhoben.⁴⁸

46 Deutsche Volkshalle, 26. April, 352, 5. Mai 1840, 359; Englische Urtheile über den Krieg gegen China und die Ausdehnung der britischen Macht in Asien, in: Beilage zur Allgemeinen Zeitung, 16. November 1840, 2554–2556, 17. November 1840, 2563–2565; Deutsche Flagge und deutsche Seefahrt, in: Kölnische Zeitung, 11. November 1841, o. S.; *Friedrich List*, Die deutsche Flagge, 1843, Die deutsche Flotte in der Wiege, 1843, in: Erwin von Beckerath (Hrsg.), *Friedrich List. Schriften, Reden, Briefe*, Bd. 7. Berlin 1931, 57–61; *Friedrich Sass*, Deutschlands Flotte. Ein Ruf in's deutsche Volk. Hamburg 1842, 14; *Adolph Wiesner*, Oesterreich's See- und Flußwehr, in: *Konstitutionelle Jahrbücher* 3, 1847, 2; *Karl Biedermann*, Die Fortschritte des nationalen Prinzips in Deutschland, 1842, in: Fenske (Hrsg.), *Vormärz und Revolution* (wie Anm. 39), 50, 60.

47 Fenske, *Ungeduldige Zuschauer* (wie Anm. 3), 87 f.; *Matthew P. Fitzpatrick*, Liberal Imperialism in Germany. Expansionism and Nationalism 1848–1884. New York/Oxford 2008, 27–29.

48 Eine deutsche Seemacht und eine deutsche Kolonie, in: *Rheinische Zeitung*, 2. Oktober 1842; *Inge Taubert* (Hrsg.), *Rheinische Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe*, Bd. 4. Leipzig 1974, o. S.; Deutschland, das

4. Die Orientalische Frage hat imperialistische Pläne nicht nur auf Kosten des östlichen Mittelmeerraums, sondern auch gegenüber Südosteuropa angeregt. Hier führten die russische Kontrolle der Donaumündung und die wahrgenommenen Ambitionen des Zaren auf dem Balkan auf Kosten des Osmanischen Reiches zur Idee einer deutschen Kontrolle des Unterlaufs der Donau, die zunehmend als Deutschlands zweitwichtigste Handelsader betrachtet wurde. Die deutsche Präsenz auf dem östlichen Balkan sollte nicht nur die Handelsschifffahrt, sondern auch die südöstliche Grenze des Deutschen Reiches bzw. der Habsburgermonarchie vor der geopolitischen Bedrohung durch Russland schützen. Dieser ambitionöse Plan, später als das Konzept eines „deutschen Mitteleuropas“ bekannt, wurde seit dem Ausbruch des türkisch-ägyptischen Konflikts 1839 lautstark propagiert und stand im Zusammenhang mit der damals ebenfalls aufkeimenden Debatte über den Panslawismus, welcher als Mittel des Zaren zur Beherrschung Südost- und Mitteleuropas betrachtet wurde.⁴⁹ Deshalb wurde spätestens seit 1840 die russische Kontrolle des Donaudeltas als wichtiger Bestandteil nicht nur der deutsch-russischen, sondern auch der deutsch-slawischen Rivalität betrachtet. Aus diesem Grund gehörten bereits früh viele Liberale zu den Befürwortern der Eroberung des nördlichen Balkans, darunter List, Schuselka, Karl Andree, Heinrich von Gagern, Karl Moering und Paul Achatius Pfizer.⁵⁰
5. Im Zuge der Rheinkrise wurde der Begriff „Mitteleuropa“ dann von Südosteuropa auf die Länder ausgedehnt, die eine wichtige Barriere zwischen Deutschland und

Meer und Dänemark, in: Deutsche Vierteljahrs-Schrift, 1842, 1/2, 231–235; *H. von Oelsnitz*, Die Nothwendigkeit großer deutscher Colonien und Kriegsflotten. Leipzig 1845, 59; *Paul A. Pfizer*, Eine Stimme über deutsche Politik, in: Konstitutionelle Jahrbücher 1, 1846, 99 u. 121; *Hans-Dietrich Schultz*, Deutschlands „natürliche“ Grenzen. „Mittellage“ und „Mitteleuropa“ in der Diskussion der Geographen seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts, in: GG 15, 1989, 248–281, hier 259.

49 *Olivia Dhand*, The Idea of Central Europe. Geopolitics, Culture and Regional Identity. London/New York 2018, 5; *Klaus Thörner*, „Der ganze Südosten ist unser Hinterland.“ Deutsche Südosteuropapläne von 1840 bis 1945. Freiburg 2008, 19–47.

50 Heinrich von Gagern an Hans Christoph von Gagern, Monsheim, 9. April 1845, Heinrich von Gagern an Friedrich von Gagern, Monsheim, [?] Januar 1846, in: Paul Wentzke/Wolfgang Klötzer (Hrsg.), Deutscher Liberalismus im Vormärz. Heinrich von Gagern, Briefe und Reden 1815–1848. Göttingen/Berlin/Frankfurt am Main 1959, 291, 316; *Schott*, Die orientalische Frage (wie Anm. 21), 154–155; *H. Scherer*, Oestreich im Sommer 1842. Ulm 1843, 47–50; Deutschland und die Donau, in: Deutsche Vierteljahrs-Schrift 3/4, 1842, 1–29; *Franz Schuselka*, Die orientalische das ist Russische Frage. Hamburg 1843, 62, 65, 85; *Nägler*, Von der Idee des Friedens zur Apologie des Krieges (wie Anm. 3), 303; *Otto Wagner*, Mitteleuropäische Gedanken und Bestrebungen in den vierziger Jahren (1840–1848). Marburg 1935, 64–75.

Frankreich bildeten: Belgien, die Schweiz und sogar die Niederlande. Auch wenn man pangermanische Argumente einer gemeinsamen Geschichte in der Antike oder einer späteren Koexistenz innerhalb des Heiligen Römischen Reiches vorbrachte, standen hinter der Idee, diese Staaten in den Deutschen Bund (oder den Deutschen Zollverein, idealerweise in beide Gebilde) einzubinden, vor allem geostrategische Gründe, die oft auch mit wirtschaftlichen Interessen verbunden waren. Gemeinsam sollten sie eine Einheit bilden, die ihren Mitgliedern Sicherheit gegen Frankreich im Westen, Russland im Osten und auch Großbritannien im Norden und sogar in der ganzen Welt bieten sollte.⁵¹ Wie in vorherigen Fällen waren diese Bestrebungen in allen Ausprägungen und Strömungen der liberalen Bewegung und auch bei einigen Demokraten verbreitet. Sie wurden von Höfken, List und Karl Steinacker in Ignaz Kurandas *Die Grenzboten* und in der eher demokratisch eingestellten *Rheinischen Zeitung* stark vertreten.⁵² Die Deutsche Volkshalle hatte sich schon seit dem Schwefelkrieg für ein deutsch-niederländisches Bündnis starkgemacht, um mehr Sicherheit gegenüber der britischen Politik zu haben.⁵³ Manchmal wurde dieser Pangermanismus von den Liberalen auch auf die französischen Gebiete Elsass und Lothringen übertragen, deren mögliche Annexion durch den Federkrieg während der Rheinkrise ins Blickfeld der liberalen Bewegung geraten war. Neben der Verstärkung des Landheeres, dem Bau von Festungen und Bündnissen mit anderen Staaten sollten diese Gebietsgewinne zur Konsolidierung und Absicherung der Westgrenze beitragen.⁵⁴

51 Ueber die Vertheidigung des westlichen Deutschlands gegen Frankreich; besonders Beantwortung der Frage: Soll Rastatt eine Bundesfestung werden?, in: *Deutsche Vierteljahrs-Schrift* 1/2, 1841, 160; E. D., Deutschland und die Schweiz, in: *Deutsche Vierteljahrs-Schrift* 1/2, 1841, 109.

52 Gustav Höfken, Der deutsche Zollverein in seiner Fortbildung. Stuttgart/Tübingen 1842, 10; Ignaz Kuranda, *Die Grenzboten*. Blätter für Deutschland und Belgien. Leipzig 1841, 5–7; Friedrich List, Das nationale System der Politischen Oekonomie. Jena 1922 (ursprünglich Stuttgart/Tübingen 1841), 520f.; Karl Steinacker, Wie muß sich Deutschland auf den Krieg vorbereiten?, in: *Konstitutionelle Jahrbücher* 2, 1845, 1–96, hier: 27–34, 68f., 92f.; Die Schweiz in ihrem Verhältnisse zu Deutschland und dem Zollverein, in: *Rheinische Zeitung*, 10. Januar 1843, Niederlands Verfall, in: *Rheinische Zeitung*, 3., 5., 8. und 10. Januar 1843, Taubert, *Rheinische Zeitung*, Bd. 5, o. S.

53 Deutsche Volkshalle, 26. April 1840, 325; Deutsche Volkshalle, 23. August 1840, 620.

54 Thomas Müller, Imaginierter Westen. Das Konzept des „deutschen Westraums“ im völkischen Diskurs zwischen Politischer Romantik und Nationalsozialismus. Bielefeld 2009, 67; Claudia Nowak, Was ist des Elsassers Vaterland? Die Konstruktion regionaler und nationaler Identitäten in einer Grenzregion Frankreich und Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1813–1848). Münster 2010, 134.

6. Nach der gleichen Logik sollte die Sicherheit der Nordgrenze nicht nur durch die Schaffung einer Kriegsflotte, sondern auch durch den Beitritt Dänemarks zum Deutschen Bund erreicht werden. Letzteres wurde im September 1841 im Rahmen des Plans des sogenannten zukünftigen dänischen „Admiralstaates“ formuliert. Durch diesen Zusammenschluss würde Deutschland die dänische Marine und die Kolonien erhalten und im Gegenzug eine starke Landarmee stellen. Es sollte eine Win-Win-Situation in Bezug auf die Sicherheitsbedrohungen im Norden sein. Auch in diesem Fall waren die deutschen Liberalen die Hauptbefürworter dieser Idee, insbesondere Droysen, List und Lorenz von Stein.⁵⁵ Es ist bezeichnend, dass in ihren Texten – ebenso wie in den Texten anderer Advokaten des Admiralstaatsprojekts – der Schwefelkrieg ausdrücklich als Beispiel dafür angeführt wird, was mit Dänemark und den deutschen Staaten im Falle ihrer fortgesetzten maritimen Impotenz passieren könnte. Gleichzeitig sollte Dänemark als „Admiralstaat“ dem Deutschen Bund als Bollwerk gegen Frankreich dienen, so dass die Rheinkrise auch hier eine wichtige Quelle für diese Idee war: Im Zuge dieses Konflikts wurde über eine militärische Zusammenarbeit Dänemarks mit dem Deutschen Bund im Kriegsfall diskutiert, da der dänische König als Herzog von Holstein und Lauenburg Mitglied des Bundes war. Aus dieser Diskussion heraus wurde die Idee des Admiralstaats geboren. Letztendlich war das Hauptziel des deutsch-dänischen Bündnisses jedoch der Schutz vor Russland.⁵⁶ Die Sorge um die Sicherheit der deutschen Nordgrenze veranlasste die Liberalen Jacob Grimm und Ludwig Häußler sogar dazu, die Annexion des gesamten dänischen Festlandes für den Fall zu fordern, dass das Königtum sich weigern sollte, Admiralstaat zu werden.⁵⁷

Neben diesen „realpolitischen“, machtorientierten Projekten zur Gewährleistung der äußeren Sicherheit gab es eine zweite Tendenz, welche dieselben Ziele in

55 Droysen an Wilhelm Arendt, Kiel, 18. November 1844, in: Rudolf Hübner (Hrsg.), Johann Gustav Droysen. Briefwechsel. Osnabrück 1967, 298; List, Das nationale System der Politischen Oekonomie (wie Anm. 52), 270; Bodo Richter, Lorenz von Stein über die deutsche Einheit und die internationalen Aspekte des Schleswig-Holstein-Problems (1843–1890), in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 95, 1970, 1–90, hier 28 u. 38–42.

56 Das Königreich Dänemark als deutscher Bundesstaat, in: Beilage zur Allgemeinen Zeitung, 17. September 1841, 2075–2076, 18. September 1841, 2083–2084; Deutschland, das Meer und Dänemark, in: Deutsche Vierteljahrs-Schrift 1/2, 1842, 227–250.

57 Steen Bo Frandsen, Dänemark. Der kleine Nachbar im Norden. Aspekte der deutschdänischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. Darmstadt 1994, 53–54, 58.

Form von transnationaler Kooperation anstrebte. Letztere schien manchen Zeitgenossen die beste Garantie für die Erhaltung des Friedens in Europa und zugleich für den ungestörten Bestand des Deutschen Bundes zu sein. Viele der Visionen sahen die Schaffung von internationalen Bündnissen oder gar Institutionen vor. Deren Tätigkeit sollte sich an den Grundsätzen eines reformierten Völkerrechts orientieren. Diese Ideen wurden größtenteils von denselben „realistischen“ Befürwortern geteilt, die wussten, dass Deutschland Teil einer größeren internationalen Gemeinschaft war und dass die Gewährleistung seiner Sicherheit sowohl von seiner materiellen Stärke als auch von der Qualität seiner Beziehungen zu anderen Mitgliedern der sogenannten europäischen Völkerfamilie abhing. Diese wichtige Tatsache zeigt, wie intensiv die Position Deutschlands in geopolitisch-rechtlicher Hinsicht wahrgenommen wurde und inwieweit sie auf der Überzeugung beruhte, dass die Bedrohung nicht nur im Verhalten anderer internationaler Akteure lag, sondern auch in den mangelnden Sicherheitsgarantien des Systems der internationalen Beziehungen, wie es in der Wiener Kongressakte von 1815 festgeschrieben worden war.⁵⁸ In der Tat kam sogar sein prominenter Mitverfasser, der österreichische Staatskanzler Clemens von Metternich, kurz nach dem Ausbruch der Rheinkrise zu einer ähnlichen Skepsis. Obwohl er zu denjenigen gehörte, die an die ausreichende Verteidigungskraft des Deutschen Bundes glaubten, insbesondere später nach der Einführung von Bundesinspektionen, und sich über die nationale Solidarität der deutschen Herrscher und ihrer Untertanen in dieser Krise freute, kam auch er zum Schluss, dass die postnapoleonische Ordnung einen Zustand erreicht hatte, der revisionsbedürftig war. Seine Vision einer „Liga“ zur Erhaltung des Friedens in Europa vom Ende August ist das markanteste Beispiel für eine transnationale Antwort auf die internationale Unsicherheit in Mitteleuropa im Jahre 1840.⁵⁹

Die bedeutendste Manifestation des Internationalismus in ganz Europa stellte der Aufschwung einer organisierten Friedensbewegung dar. Sie entstand vor allem in Großbritannien und Frankreich unter dem Einfluss kontinuierlicher internationaler Krisen und Kriege. Die Zahl ihrer Anhänger war ständig gestiegen. Nach dem

58 Becker, Ein Wort über die Fragen der Zeit (wie Anm. 39), 40f.; Ernst Gottfried Georg von Bülow-Cumme-row, Die europäischen Staaten nach ihren innern und äußern politischen Verhältnissen. Altona 1845, 366, 23–33, 325f., 335f.; Friedrich Wilhelm Schulz, Der Bund der Deutschen und der Franzosen für Gründung eines nationalen Gleichgewichts in Europa. Strassburg 1841, 32; Venedey, L'Allemagne (wie Anm. 37).

59 Frederick S. Rodkey, Suggestions during the Crisis of 1840 for a 'League' to Preserve Peace, in: AHR 35/2, 1930, 308–316.

Motto „Si vis pacem, para pacem“ forderte sie supranationale Instrumente zur Gewährleistung des Friedens und damit der kollektiven Sicherheit. Die Situation in Deutschland war jedoch eine ganz andere. Trotz des Bewusstseins der eigenen Zugehörigkeit zur europäischen Familie und des mehrheitlich geteilten Wunsches, den Frieden zu bewahren, schwand das Vertrauen der Deutschen in die fragilen Garantien der völkerrechtlichen Normen und in die Absichten der nichtdeutschen Staaten, was sie dazu veranlasste, die Friedensbewegung als zu idealistisch abzulehnen und sich stattdessen einem realistischeren Ansatz nach dem Grundsatz „Si vis pacem, para bellum“ zuzuwenden. Auch hier ist es kein Zufall, dass dieser Slogan in den zeitgenössischen Texten häufig als Argument für die Verfolgung der in den obigen sechs Punkten zusammengefassten Ambitionen auftaucht.⁶⁰

Viele zeitgenössische Quellen zeigen, inwieweit die internationalen Ereignisse des Jahres 1840, insbesondere die Rheinkrise, dazu beigetragen haben, dass der Glaube an die Erhaltung des Friedens und der daraus resultierende geopolitische Realismus abnahm. Bei den Liberalen vertrat List im Jahr 1841 die Meinung, dass die beste Garantie für die Erhaltung des Friedens die internationale Zusammenarbeit im Rahmen einer gerechten internationalen Ordnung auf der Grundlage eines internationalen Rechtssystems sei.⁶¹ Dies erklärte er in seinem berühmten Werk „Das nationale System der Politischen Oekonomie“, dessen Inhalt offensichtlich zumindest von der Rheinkrise stark beeinflusst war. Gleichzeitig erklärte er jedoch in diesem Werk und in Texten der Jahre danach, dass dies unter den gegebenen Umständen eine utopische Vision sei, und zog daher ein starkes, vereinigtes Deutschland vor, das sich entlang der Donau ausdehnen und die umliegenden Länder, einschließlich der Niederlande, Belgien, der Schweiz und der skandinavischen Königreiche, absorbieren sollte.⁶² Er hielt diese Ausdehnung der deutschen Macht für lebenswichtig, weil nach seiner Meinung die Zeit gekommen sei, in der Europa und die Welt von großen Staaten beherrscht werden und ihre gegenseitige Rivalität zu Kriegen führen

60 Woher der Friede? Und welche sind seine Aussichten?, in: *Neue Jahrbücher der Geschichte und Politik* 1, 1845, 117–134; *H. von Oelsnitz*, Denkschrift über die Erhebung Preußens zu einer See-, Kolonial- und Weltmacht ersten Ranges. Berlin 1847, 48; *Scherer*, Oestreich im Sommer 1842 (wie Anm. 50), 26; *Treumund Welp*, Rußlands Lage und Deutschlands Gefahr, in: *Konstitutionelle Jahrbücher* 1, 1844, 269; *Deutsche Kriege im Frieden*, in: *Die Grenzboten*, 1843, 1261–1264; *Steinacker*, Wie muß sich Deutschland auf den Krieg vorbereiten (wie Anm. 52), 2; *Deutsche Zeitung*, 3. August 1847, 266 f.

61 List, *Das nationale System der Politischen Oekonomie* (wie Anm. 52), 522 f.

62 *Eugen Wendler*, Friedrich List. Die Politik der Zukunft. Wiesbaden 2016, 269–271.

werde gemäß dem Motto „bellum omnium contra omnes“. ⁶³ Durch den Aufstieg seiner Macht

„könnte [Deutschland] den Frieden auf dem europäischen Kontinent für eine lange Zeit garantieren und gleichzeitig den Mittelpunkt eines dauerhaften kontinentalen Bündnisses bilden“. ⁶⁴

Im Jahr 1842 wünschte sich Bülow-Cummerow einen Frieden, glaubte aber nicht, dass er angesichts der französischen Ambitionen und des Fehlens wirksamer Garantien lange aufrechterhalten werden könnte, auch und gerade vor dem Hintergrund einer zerfallenden postnapoleonischen Ordnung. ⁶⁵ Die einzige Lösung bestand darin, Deutschland zu stärken und es zum Beschützer der kleineren nichtdeutschen Staaten zu machen, wofür er auch die Eroberung der unteren Donau durch Österreich und den Beitritt Dänemarks, der Niederlande und Belgiens zum Deutschen Bund für notwendig hielt:

„Um nun das Gewicht der Friedens-Partei in Europa zu stärken, wäre es von großer Wichtigkeit, dass diese Reiche zweiten Ranges sich zum Zweck des allgemeinen Friedens und zur Erhaltung ihrer Selbständigkeit dem großen deutschen Bundes-Staat anschließen.“ ⁶⁶

Am. 3 August 1847 warnte die liberale *Deutsche Zeitung* in einem Artikel „Krieg und Frieden“ die Deutschen:

„Zwei und dreißig Jahre sind es nunmehr her, seitdem in Europa der letzte große Krieg beendet wurde. Viele glauben darin eine Garantie für die künftige, unbegrenzte Dauer des europäischen Friedens erkennen zu dürfen und wähnen, die Zeiten des blutigen Ringens unter den Völkern seien auf immer vorüber. Die Meisten aber, und wir gehören mit zu ihnen, sind anderer Meinung. Immerhin mag dem Idealisten unser jetziger Zustand bereits als der realisierte ewige Friede erscheinen und sein Blick zukunftswärts nur in Eintracht wandelnde Völker erkennen, für den Praktiker [...] gehört der ewige Friede, wenn schon zu den hohen und schönen, doch nimmermehr zu den der Erfüllung nahen Hoffnungen.“ ⁶⁷

63 Friedrich List, Belgien und der Zollverein, 1844, in: Beckerath (Hrsg.), Friedrich List, Bd. 7 (wie Anm. 46), 174.

64 List, Das nationale System der Politischen Oekonomie (wie Anm. 52), 527.

65 Ernst von Bülow-Cummerow, Preußen, seine Verfassung, seine Verwaltung, sein Verhältnis zu Deutschland. Berlin 1842, 295.

66 Ebd. 313.

67 Krieg und Frieden, in: Deutsche Zeitung, 3. August 1847, 266.

Der Artikel predigte keineswegs den Krieg und versicherte seinen Lesern, dass die Deutschen keinen Krieg wollen, aber dennoch wurde erwartet, dass der Krieg früher oder später ausbrechen würde. Deshalb mussten sie vorbereitet sein, denn „erst in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts hat das Römerwort seine volle Geltung gewonnen: *si vis pacem, para bellum*“.⁶⁸ Am darauffolgenden Tag fügte dieselbe Zeitung hinzu, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Form eines europäischen Imperiums nur eine Utopie sei, die geografische Lage Deutschlands in Mitteleuropa und der aufrichtige Wunsch seiner Bewohner nach Frieden prädestinierten es daher zu einer „Friedensmission“, die nur erfüllt werden könnte, wenn es bewaffnet wäre.⁶⁹

Inwieweit die realpolitische Haltung Lists, Becker-Cummerows oder der Deutschen Zeitung typisch für andere Deutsche war, lässt sich an zwei Beispielen veranschaulichen. Von Orientalischer Frage und Rheinkrise stark beeinflusst, hielt der Demokrat Philipp Johann Becker in seiner Flugschrift „Ein Wort über die Fragen der Zeit, seinen Mitbürgern zum Geschenk“ aus dem Jahre 1841 einen dauernden Frieden für unmöglich. Er behauptete sogar, dass die Gefahr eines großen Krieges in Europa von Tag zu Tag wachse.⁷⁰ Die einzige Möglichkeit, den Frieden zu bewahren, sei die Verbesserung der europäischen Ordnung durch ein Abkommen zwischen den europäischen Ländern, das die Gleichberechtigung aller Nationen garantiere.⁷¹ Da er keine Aussicht auf eine solche transnationale Lösung in naher Zukunft sehe, müsse Deutschland zunächst politisch geeint werden, damit es in einem kommenden Krieg seine Grenzen und „die Grundsätze der Gleichheit und Gerechtigkeit unter den Völkern“ verteidigen könne.⁷² Noch aussagekräftiger erscheint der Bericht des französischen Konsuls in Danzig, Baron Ferdinand de Cussy, vom Januar 1843. Cussy schickte die Kopie eines Frankfurter Zeitungsartikels, der mit dem Motto „*Si vis pacem, para bellum*“ beginnt.⁷³ Der Text behauptete weiter, dass diese Krise „zur Erkenntnis geführt habe, dass die Orientalische Frage an den Ufern des Rheins zu lösen sei“, um zu folgender Schlussfolgerung zu gelangen:

68 Ebd. 267.

69 Krieg und Frieden, in: Deutsche Zeitung, 4. August 1847, 276.

70 Becker, Ein Wort über die Fragen der Zeit (wie Anm. 39), 6–42.

71 Ebd. 39–41.

72 Ebd. 7, 31–34; Volkmer, Kriegsverhütung und Friedenssicherung (wie Anm. 9), 156f.

73 Journal de Francfort, 24. Januar 1843, im Anhang zu Cussy an Guizot, Danzig, 30. Januar 1843, AMAE, Correspondance politique des consuls (CPC), Prusse 1.

„Die deutschen Fürsten und Völker denken an die Zukunft, sie wollen aufrichtig den Frieden, das bezeugen die vielen Industriebetriebe, die in Kriegzeiten nicht gedeihen können, aber sie wollen auch nicht zu viel Vertrauen in den Frieden haben; sie wollen für alle Eventualitäten gerüstet sein, sie wollen nicht nur die Gegenwart in Frieden und Sicherheit genießen, sie blicken weiter voraus und wollen, dass Deutschland für zweifelhafte und ungewisse Zeiten geeint, stark und gerüstet ist.“⁷⁴

Cussy fügte hinzu, dass die im Artikel geäußerte Ansicht und der Spruch „Si vis pacem, para bellum das *Denken der Mehrheit in Deutschland* zusammenfasse“.⁷⁵

IV. Die Einkreisung

In den 1840er Jahren gewann der Trend zur „Realpolitik“ immer mehr an Boden, nicht nur wegen der anhaltenden Streitigkeiten zwischen den Großmächten. Das Gefühl der Bedrohung in einer zunehmend als räuberisch empfundenen Welt rührte auch von grenzüberschreitenden Streitigkeiten mit Nachbarstaaten und Nachbarnationen her. Diese entsprangen vor allem einem ähnlichen Gefühl der Unsicherheit, das zu eigenen geopolitischen Ambitionen führte, die jedoch meist im Widerspruch zu den Zielen der Deutschen standen. Der Grund für diese Unvereinbarkeit war nicht in erster Linie eine Abneigung gegen die deutsche Nation, sondern die Rücksicht auf eigene Sicherheit. Hier erweist der gesamteuropäische Kontext identische Prozesse in anderen Teilen Europas und deren gegenseitige Beeinflussungen: Das Streben einer ethnischen Gruppe nach größerer internationaler Sicherheit kollidierte mit ähnlichen und nicht selten widersprüchlichen Ambitionen einer anderen. Die Verfassungsideen spielten auch hier fast keine Rolle und die Liberalen, Demokraten und Konservativen konnten sich leicht in der Frage der externen Sicherheit ihrer Nation gegen gleichgesinnte Mitglieder einer anderen Gruppe zusammenschließen. Die oben erwähnten Liberalen sowie andere Deutsche waren in diesen Verbalauseinandersetzungen aktiv und sie stritten auch mit den Liberalen aus außerdeutschen Staaten.

Wenn die Deutschen in der Rheinkrise die Expansionsgelüste der Franzosen mit gleicher Münze heimzahlten, machten sie die Annexion französischer Gebiete von

74 Ebd.

75 Cussy an Guizot, Danzig, 30. Januar 1843, AMAE, CPC, Prusse 1 (Hervorhebung im Original).

einer Kriegserklärung Frankreichs und dessen anschließender Niederlage abhängig. Diese Bedingung trug jedoch nicht dazu bei, die Franzosen zu besänftigen, und sie sahen in den Deutschen weiterhin eine Sicherheitsbedrohung. Die Tatsache, dass diese Bedrohung von den Franzosen mit ihrer ostentativen Kriegstreiberei ausging, spielte in dieser Situation keine Rolle. Wichtiger war das Fortbestehen dieses gegenseitigen Misstrauens auch nach der Beendigung der Rheinkrise.⁷⁶

Ein ähnlicher grenzüberschreitender Meinungs Austausch, der zu einer Zunahme der geopolitischen Unsicherheit führte, fand praktisch in allen Himmelsrichtungen statt. In geringerem Maße wurde die Weigerung der Schweizer, Belgier und Niederländer, dem Deutschen Bund beizutreten, auf diese Weise wahrgenommen, doch viel stärker galt das für die dänische Ablehnung des Admiralstaatsprojekts. Alle diese kleinen Staaten taten dies aus Sorge um ihre eigene Sicherheit, denn eine Annäherung an Deutschland hätte nicht nur ihre Unabhängigkeit, sondern auch ihre nationale Identität bedrohen und sie gleichzeitig in einen Krieg zwischen den Mächten hineinziehen können. Vor allem die Dänen befürchteten schon während der Rheinkrise, gegen Frankreich kämpfen zu müssen, was sie als Kampf für deutsche, aber nicht für dänische Interessen ansahen. Alle diese Länder verhielten sich während der Krise neutral, und Belgien und die Schweiz, die an der deutsch-französischen Grenze am stärksten exponiert waren, ergriffen Verteidigungsmaßnahmen, um die Chancen zu erhöhen, dass ihre Neutralität respektiert wurde.⁷⁷

Die Dänen stimmten mit den Deutschen darin überein, dass die postnapoleonische Ordnung nicht ausreichte, um den Frieden und die Sicherheit kleinerer Nationen zu gewährleisten. Nach der Rheinkrise suchten sie aber den Schutz nicht im Süden, sondern im Norden bei Schweden und Norwegen.⁷⁸ Die Idee einer politischen Einheit der drei skandinavischen Königreiche erwuchs auf beiden Seiten des Öresunds aus geopolitischen Überlegungen einer äußeren Bedrohung, vor allem seitens Deutschlands und Russlands. Die Deutschen empfanden diese Haltung der Dänen je-

76 A. M., Deutschland in bewaffnetem Frieden, in: Deutsche Vierteljahrs-Schrift 3/4, 1841, 188; Die Verteidigung von Süddeutschland gegen die Franzosen, mit Zuziehung der Eisenbahnen, unter Berücksichtigung der verschiedenen Spurweite (Eine strategische Skizze.), in: Deutsche Vierteljahrs-Schrift 1/2, 1844, 1; Klaus Rudolf Wenger, Preußen in der öffentlichen Meinung Frankreichs 1815–1870. Zürich 1979, 116f.

77 Šedivý, Crisis among the Great Powers (wie Anm. 7), 188–208, 213–219.

78 Theodore Jorgenson, Norway's Relation to Scandinavian Unionism 1815–1871. Northfield, MN 1935, 127f.; Roar Skovmand, Geschichte Dänemarks: 1830–1939. Die Auseinandersetzungen um nationale Einheit, demokratische Freiheit und soziale Gleichheit. Neumünster 1973, 70.

doch als feindselig; denn die Möglichkeit einer dänisch dominierten skandinavischen Union erschien als eine weitere äußere Bedrohung. Der deutsch-dänische Streit über die Zukunft Schleswig-Holsteins gewann Mitte der 1840er Jahre vor allem wegen der Frage des künftigen Machtgleichgewichts an der Ostsee zwischen den Deutschen, den skandinavischen Staaten und den nichtdeutschen Großmächten an Bedeutung. Die Kontrolle über diese Herzogtümer wurde nämlich als wesentlich für die Sicherheit der deutschen Nordgrenze und der Seeschifffahrt betrachtet.⁷⁹

Im Osten verschlechterte sich zur gleichen Zeit die Einschätzung der Deutschen gegenüber den Slawen, die als vermeintlicher „panslawischer“ Bündnispartner die Angst vor dem Zarenreich vergrößerten. Aufgrund ihrer geografischen Nähe galt die größte Furcht den Tschechen und Polen.⁸⁰ Das Jahr 1846 mit der Niederschlagung des Aufstands der Polen zu Anfang und der österreichischen Annexion Krakaus am Ende wurde zu einem wichtigen Wendepunkt. Nach einer weit verbreiteten These verurteilten die deutschen Liberalen diese Vorgänge.⁸¹ In Wirklichkeit aber haben sie, vielleicht im Gegensatz zu einigen Demokraten, diese Ereignisse nicht a priori vom Standpunkt des Völkerrechts, sondern der Sicherheitspolitik bewertet, insbesondere die Beschlagnahme Krakaus. Aber auch wenn sie die Okkupation als Verstoß gegen das Völkerrecht betrachteten, akzeptierten sie diese mehrheitlich als eine notwendige Sicherheitsmaßnahme zur Stärkung der deutschen Ostgrenze. Deshalb verteidigten sie den Schritt auch häufig gegen verbale Angriffe der Franzosen, der Briten und nicht zuletzt der Polen und waren zugleich weniger bereit, die Idee der Wiederherstellung eines unabhängigen polnischen Staates zu unterstützen. Dieser erschien nun als möglicher weiterer Feind Deutschlands und angesichts der Geschichte der französisch-polnischen Beziehungen als möglicher Verbündeter Frankreichs.⁸² Wenn Polen wiederhergestellt werden sollte, dann ohne „deutsche“

79 Die skandinavischen Feste und Bestrebungen, in: Beilage zur Allgemeinen Zeitung, 14. Juli 1845, 1557; Dänemark und die Weltmächte, in: Beilage zur Allgemeinen Zeitung, 28. September 1845, 2162; Die russisch-französische Allianz, mit besondrer Beziehung auf die polnische und die schleswig-holsteinische Frage, in: Unsre Gegenwart und Zukunft 4, 1846, 252–258.

80 Miroslav Šedivý, Vliv mezinárodních událostí na postoj Němců vůči Čechům v letech 1839 až 1848 [The influence of international events on the attitude of the Germans towards the Czechs in 1839 through 1848], in: Český časopis historický 120/3–4, 2022, 679–711.

81 Harald Müller, Die Annexion der Republik Krakau und die deutsche Öffentlichkeit (1846/47), in: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas 26, 1983, 2, 147–158; Marcell Szarota, Die letzten Tage der Republik Krakau. Breslau 1911, 168.

82 Šedivý, Austria's Annexation of Cracow (wie Anm. 16), 350, 354–360.

Gebiete und idealerweise mit einem deutschen Prinzen als König, um eine deutschfreundliche Haltung des Königreichs zu gewährleisten.⁸³

Auch schon vor 1848 hatte die Sicherheitsperspektive die Haltung der Deutschen gleichfalls gegenüber den Italienern bestimmt, unter denen sich im selben Jahrzehnt der Wunsch nach einer Art nationaler Einheit ausbreitete. Ihr Hauptimpuls war ebenfalls die Überzeugung einer äußeren Bedrohung. Da die Italiener die Habsburgermonarchie mit deren Königreich Lombardo-Venetien als die größte Bedrohung empfanden, war ihre nationale Bewegung stark antiösterreichisch geprägt. Eines ihrer Hauptziele war es, die „Österreicher“ oder, wie sie häufiger sagten, die „Deutschen“ aus dem Gebiet südlich der Alpen zu vertreiben. Die verbalen Attacken gegen die „Deutschen“ stießen im Deutschen Bund logischerweise auf wenig Gegenliebe, und zwar nicht nur wegen der allgemeinen Solidarität mit den Österreichern. Ebenso wichtig war – besonders durch den Hafen Triest – die Wahrnehmung der Bundespräsenz an der Adria, aus der sich die Möglichkeit einer deutschen wirtschaftlichen und kolonialen Expansion im Mittelmeerraum und darüber ergab. Dazu war es unabdingbar, den Zugang zur Adria zu behalten, insbesondere Triest mit seiner gemischten italienisch-deutschen Bevölkerung. Die österreichischen Mittelmeerhäfen wurden jedoch auch von den italienischen Patrioten gefordert. Für die Sicherheit Triests und möglicherweise Venedigs hielten es die Deutschen für umso notwendiger, einen oberitalienischen Brückenkopf aufrechtzuerhalten, insbesondere für den Fall, dass sich die Italiener mit Frankreich verbündeten. Im ganzen Deutschen Bund und in vielen politischen Strömungen wurde diese Ansicht vertreten. Obwohl die Liberalen mit dem Wunsch der Italiener nach nationaler Einheit sympathisierten, waren sie nicht bereit, deutsche Interessen dafür zu opfern. Daher weigerten sie sich, die österreichische Herrschaft in Italien und insbesondere in Triest aufzugeben.⁸⁴ Wie es aber für die damalige Zeit typisch war, enthielt dieser

83 Frankfurter Oberpostamts-Zeitung, 28. November 1846, 3221; Königlich privilegierte Berlinische Zeitung, 1. Dezember 1846, o. S.; Die Grenzboten 6, 1847, 1, 39; *Schuselka*, Die orientalische das ist Russische Frage (wie Anm. 50), 85; *Oelsnitz*, Die Nothwendigkeit großer deutscher Colonien und Kriegsflotten (wie Anm. 48), 87–89; *Bülou-Cummerow*, Die europäischen Staaten (wie Anm. 58), 120.

84 Heinrich von Gagern an Friedrich von Gagern, Monsheim, Januar 1846, in: Paul Wentzke/Wolfgang Klötzer (Hrsg.), Deutscher Liberalismus im Vormärz. Heinrich von Gagern, Briefe und Reden 1815–1848. Göttingen/Berlin/Frankfurt am Main 1959, 317; *H. Köhler*, Beiträge zur Kenntnis der Militärverhältnisse Deutschlands, in: Neue Jahrbücher der Geschichte und Politik 1, 1845, 494–495; Die italienischen Wirren und der deutsche Patriotismus, in: Deutsche Zeitung, 13. September 1847, 593; *Wiesner*, Oesterreich's See- und Flußwehr (wie Anm. 46), 18; Allgemeine Zeitung, 1. September 1847, 1949.

geopolitisch-realistische Ansatz auch eine eher „idealistische“ Vision eines Bündnisses mit den Italienern gegen die anderen Großmächte, um die Sicherheit beider Nationen zu gewährleisten.⁸⁵

Die Vision der internationalen Zusammenarbeit war jedoch zunehmend der Priorisierung eigener geostrategischer Ziele gewichen. Dieser Prozess war nicht nur eine Folge der großen Zahl weithin anerkannter Bedrohungen, sondern auch ihrer Wahrnehmung als Ganzer. In zeitgenössischen Texten und Reden wurden sie meist gleichzeitig genannt, was letztlich zu dem Gefühl führte, von Feinden ringsum – zumindest potenziell – bedroht zu sein. In dieser Situation gewann jede einzelne Bedrohung an Bedeutung, weil man den Dominoeffekt fürchtete, der durch ein Nachgeben in der einen oder anderen Frage ausgelöst werden könnte. Darüber hinaus wurden diese Bedrohungen oft als miteinander verbunden wahrgenommen. Am deutlichsten wurde dies bei der oft erwähnten Möglichkeit eines französisch-russischen Bündnisses, das ab Anfang der 1840er Jahre für einige Deutsche, wie die oben bereits genannten Liberalen und Demokraten Becker, Hansemann, List, Müller, Venedey und Wirth, zu einem buchstäblichen Albtraum wurde.⁸⁶ Wegen der pro-dänischen Sympathien Frankreichs und Russlands in der Schleswig-Holstein-Frage wurde der Streit mit den Dänen mehr als einmal als indirekter Konflikt mit diesen beiden Großmächten wahrgenommen, was die Deutschen noch unnachgiebiger machte. In diesem Zusammenhang darf die Furcht vor Großbritannien nicht vergessen werden. Das Misstrauen gegenüber dieser Seemacht ging so weit, dass der britische Besitz Helgolands als ernsthaftes Sicherheitsrisiko für den deutschen Handel in der Nordsee und auf den zahlreichen Flüssen, die in sie mündeten, betrachtet wurde. Schon vor 1848, also lange vor der Unterzeichnung des Helgoland-Sansibar-Vertrags, forderten aus diesem Grund die liberalen Blätter *Deutsche Zeitung* und *Kölnische Zeitung* sowie Bülow-Cummerow, Droysen, List, Schuselka, Wiesner und andere Deutschen den Erwerb dieser strategisch wertvollen Insel.⁸⁷

85 Idee zu einer Organisation der europäischen Staaten, in: *Unsre Gegenwart und Zukunft* 5, 1847, 155; Der italienische Zollverein, in: *Illustrierte Zeitung*, 18. Dezember 1847, 386.

86 *Deutsche Volkshalle*, 28. November 1840, 853, 29. November 1840, 858, 5. Januar 1841, 9–11; *Venedey*, *L'Allemagne* (wie Anm. 37), 45–48; *Hansemann*, Denkschrift für Friedrich Wilhelm IV. (wie Anm. 44); *Becker*, Ein Wort über die Fragen der Zeit (wie Anm. 39); *Müller*, Deutschland und Frankreich am Neujahr 1841 (wie Anm. 44), 24 f. u. 40–46; Die russisch-französische Allianz, mit besonderer Beziehung auf die polnische und die schleswig-holsteinische Frage, in: *Unsre Gegenwart und Zukunft* 4, 1846, 249.

87 *Bülow-Cummerow*, Die europäischen Staaten (wie Anm. 58), 287 f.; *List*, Das nationale System der Poli-

Die von den Deutschen wahrgenommene Bedrohung durch Einkreisung spielte in ihrer Neigung zum Realismus eine wichtige Rolle. Droysen, der in seinen geopolitischen Ansichten durch die Rheinkrise stark beeinflusst war, äußerte im Jahr 1843 seine Meinung über die Gefahren ringsum, was ihn auch zur Forderung eines starken und großen Deutschlands zu dessen Sicherheit bewog.⁸⁸ Struve behauptete, die Deutschen könnten sich nur auf sich selbst verlassen, denn

„Deutschland hat keine Freunde, die ihm helfen könnten, diese Gefahren zu überstehen [...]. Schauen wir uns um nach den Feinden und den Freunden Deutschlands! Wo sind die Freunde? Wir wissen nicht, ob wir welche finden können. Aber Feinde umgeben uns auf allen Seiten.“⁸⁹

1848 behauptete der prominente Demokrat Robert Blum Folgendes:

„Allerdings ist die Kriegsfurcht jetzt gewaltig rege geworden [...] fürchtet man sich jetzt vor Russland, vor Schweden, vor Frankreich [...] man droht uns jetzt mit Krieg von allen Seiten.“⁹⁰

Der Liberale Johann Gottfried Eisenmann stimmte damals überein:

„Wir sind an allen Grenzen Deutschlands von Feinden umgeben, und von Osten bis Westen und Süden reicht ein Feind Deutschlands dem anderen die Hand.“⁹¹

Es gibt noch viele andere Beispiele der Überzeugung einer feindlichen Einkreisung.⁹² Gemeinsam ist ihnen, dass sie die Lösung für die missliche geopolitische Situation im Aufstieg Deutschlands auf die bereits erwähnte machtpolitische Weise

tischen Oekonomie (wie Anm. 52), 126; *Schuselka*, Die orientalische das ist Russische Frage (wie Anm. 50), 65; *Wiesner*, Oesterreich's See- und Flußwehr (wie Anm. 46), 2; Das Königreich Dänemark als deutscher Bundesstaat, in: Beilage zur Allgemeinen Zeitung, 17. September 1841, 2076; Kölnische Zeitung, 7. und 15. Juli 1847, o. S.; Deutsche Zeitung, 22. Juli 1847, 173, 1. August 1847, 251–252, 12. August 1847, 337–338; Illustrierte Zeitung, 9. Oktober 1847, 225; *Felix Gilbert* (Hrsg.), Johann Gustav Droysen. Politische Schriften. München/Berlin 1933, 37 u. 59;

88 *Johann Gustav Droysen*, Rede zur tausendjährigen Gedächtnisfeier des Vertrages zu Verdun auf der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel am 10. August 1843. Kiel 1843, 31–36; *Anni Meetz*, Johann Gustav Droysens politische Tätigkeit in der Schleswig-Holsteinischen Frage. Erlangen 1930, 26f.; *Vollquart Pauls*, Schleswig-Holstein zwischen Nord und Süd. Neumünster 1950, 23.

89 *Gustav Struve*, Grundzüge der Staatswissenschaft (wie Anm. 45), 192.

90 Die Sitzung der Frankfurter Nationalversammlung am 5. September 1848, in: Franz Wigard (Hrsg.), Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main, Bd. 3. Frankfurt am Main 1848, 1897f.

91 *Hans-Georg Kraume*, Außenpolitik 1848. Die holländische Provinz Limburg in der deutschen Revolution. Düsseldorf 1979, 111.

92 *Johann von Perthaler*, Das Erbkaiserthum Kleindeutschland. Frankfurt am Main 1849, 15–21.

sahen. Anfang 1848 erklärte die liberale Deutsche Vierteljahrs-Schrift als Reaktion auf zahlreiche äußere Bedrohungen:

„Deutschland, in der Mitte so vieler kräftigen Staaten gelegen, muss jedenfalls so stark sein wie jeder einzelne; will es aber das Gleichgewicht und die Ruhe Europas in seiner Hand haben, so muss es bedeutend mächtiger als jeder seiner Nachbarstaaten sein.“⁹³

Die Sorge um die eigene Sicherheit führte zum geopolitischen Realismus, der dann die aggressive Politik auf Kosten anderer Staaten und Völker motivierte, mit denen die Deutschen gleichzeitig in Frieden leben wollten. Als repräsentativ für die Entstehung dieses Ansatzes möge Wolfgang Menzels „Deutschlands auswärtige Politik“ von 1848 stehen. Wie schon im Jahr 1839 reagierte Menzel auf die internationale Lage. Im Vergleich zu den späten 1830er Jahren schätzte er die Situation nun aber noch als viel gefährlicher ein, auch wegen seiner Überzeugung von der Existenz einer „auf uns zukommenden Gefahr von außen“⁹⁴, die er, ohne zu übertreiben, wortwörtlich überall sah. Diese Ansicht verstärkte seine geopolitischen Ambitionen erheblich: Er forderte nunmehr umfangreiche Gebiete auf dem Balkan, die Lombardei und Venetien, die Schweiz, die Niederlande mit deren Kolonien, Limburg, Posen, russische Ostseeprovinzen, Helgoland, Elsass und Lothringen und überdies die Allianz mit den skandinavischen Ländern. Dies alles geschah nicht aus Feindseligkeit gegenüber den hier lebenden Völkern, sondern aus der Überzeugung, dass Deutschland nur auf diese Art und Weise in der postnapoleonischen Ordnung, die nicht auf der Gerechtigkeit, sondern lediglich auf der Stärke beruhte, überleben konnte.⁹⁵

V. Der Triumph des Realismus

Für die Entfaltung der deutschen geopolitischen Befürchtungen und Ziele stellte das Jahr 1848 weder den Anfang noch einen Meilenstein dar. Das Misstrauen gegenüber anderen Staaten, die Kriege mit den Dänen und Italienern, die nationalen Auseinandersetzungen mit den Polen und Tschechen waren nur weitere Kapitel in einem Prozess, der sich bereits an der Wende der 1830er und 1840er Jahre abzeich-

93 Deutschlands Verteidigung gegen Osten, in: Deutsche Vierteljahrs-Schrift 1/2, 1848, 207.

94 Gerhart Söhn, Wolfgang Menzel. Leben, Werk, Wirkung. Bibliographie. Düsseldorf 2006, 59.

95 Wolfgang Menzel, Deutschlands auswärtige Politik. Stuttgart/Tübingen 1848, 3.

net hatte. Zwar verschwand der Internationalismus auch im Revolutionsjahr nicht völlig, aber unter dem Einfluss der angespannten internationalen Lage schlug der Realismus in der deutschen Gesellschaft noch tiefere Wurzeln – insgesamt die logische Konsequenz einer Situation, in der die transnationale Zusammenarbeit noch utopischer erschien. Die Reden von Arnold Ruge und Carl Vogt am 22. Juli 1848 in der Frankfurter Nationalversammlung mit ihrem Plädoyer für eine friedliche Zusammenarbeit zwischen den Völkern und sogar für einen Völkerkongress wurden von der Mehrheit der Abgeordneten abgelehnt, und zwar nicht, weil sie selbst keinen Frieden wollten, sondern weil sie diese „kosmopolitischen“ Vorstellungen als naiv betrachteten.⁹⁶ Damit war die Ansicht verbunden, Friede in Europa sei nicht zu erreichen ohne ein starkes Deutschland, das Mitteleuropa beherrsche, die anderen Kontinentalmächte an Stärke übertreffe und mit Großbritannien zur See konkurrieren könne. Eine solche Dominanz sollte den gewünschten Frieden für Deutschland und Europa sichern.⁹⁷

Die Überlegenheit des Realismus gegenüber dem Idealismus nach 1848 war in der Fachliteratur zwar schon gut bekannt. Zwei wichtige Umstände dieser Vorherrschaft wurden jedoch bisher vernachlässigt. Der erste ist sein außergewöhnliches Ausmaß, das sich deutlich von der kleinen Zahl von Anhängern der Friedensbewegung in Deutschland abhebt. Außerdem vertraten selbst in dieser Gruppe manche eine klar realistische Haltung, was bei den analogen Bewegungen in anderen Ländern nicht der Fall war. Auf dem Vierten Internationalen Friedenskongress im Jahr 1850 in Frankfurt am Main reagierte der Liberale Theodor Creizenach auf die Außenpolitik Großbritanniens, Frankreichs und Russlands mit der Empfehlung, dass die Deutschen sich selbst verteidigen können sollten.⁹⁸ Die internationalen Konflikte der 1840er Jahre, darunter der geografisch weit entfernte Krieg zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Mexiko (1846–1848), prägten die Haltung des protestantischen Pfarrers Julius Friedrich Leopold Rupp, der in religiösen wie politischen Angelegenheiten ein Liberaler war und den Königsberger Friedensverein als

96 Die Sitzung der Frankfurter Nationalversammlung am 22. Juli 1848, in: Wigard (Hrsg.), *Stenographischer Bericht* (wie Anm. 90), Bd. 2, 1098–1103; *Veit Valentin*, *Geschichte des Völkerbundgedankens in Deutschland*. Berlin 1920, 70.

97 Die Sitzung der Frankfurter Nationalversammlung am 22. Juli 1848, in: Wigard (Hrsg.), *Stenographischer Bericht* (wie Anm. 90), Bd. 2, 1108, 1115.

98 *Karl Holl*, *Pazifismus in Deutschland*. Frankfurt am Main 1988, 28.

einzig organisierte Gruppe der Friedensbewegung in Deutschland anführte.⁹⁹ Als dessen Sprachrohr erklärte er im Jahr 1850, dass Deutschland ein mächtiges Kaiserreich werden müsse, um „die Mission des Friedens für diesen Erdteil“ erfüllen zu können.¹⁰⁰ Um diesen Status zu erreichen, sei es notwendig, die Kontrolle über Italien, Skandinavien, Belgien und die Niederlande zu erlangen und Gebiete an der unteren Donau und jenseits des Njemens zu erobern. Nur dann würde Deutschland in der Lage sein,

„jeden Angriff gegen seine eignen Grenzen abzuwehren, zugleich denjenigen Ländern Schutz zu verleihen, die wie die nordischen Reiche, die italischen Staaten, Belgien und Holland starker Bundesgenossen bedürfen“.¹⁰¹

Ohne dieses Deutsche Reich, das

„den übrigen europäischen Großmächten die ihnen bisher so reichlich gewährten Vorwände und Mittel zu Kriegen entzieht, ist ein allgemeiner Friede in Europa unmöglich“.¹⁰²

Zweitens gab es die Kontinuität dieses Realismus, wie beispielsweise Rochaus „Grundsätze der Realpolitik“ von 1853 zeigen. Sein Buch wurde wegen des Begriffs Realpolitik wichtig, aber dessen letzter Teil im Geiste des geopolitischen Realismus war nur ein weiterer Text, der im Einklang mit dem machtorientierten Streben nach Sicherheit in Deutschland geschrieben wurde. Dies entsprang dem Misstrauen des Autors gegenüber der Macht des geschriebenen Rechts und seinem Glauben an die notwendige Erlangung von materieller Macht durch die politische Einheit der deutschen Nation¹⁰³ zur Abwendung der Gefahr, „welche Deutschland von allen Seiten umlagert“.¹⁰⁴ Seine Ansichten waren aber bereits in den frühen 1840er Jahren geprägt worden, insbesondere während der Rheinkrise, deren Einfluss in seinem Werk deutlich spürbar ist.¹⁰⁵ Rochau sah damals die Zukunft Deutschlands als integralen

99 Julius Rupp, Friedensverein und Republik, 1850, in: Paul Chr. Elsenhans (Hrsg.), Julius Rupp. Gesammelte Werke, Bd. 9/2. Jena 1913, 32.

100 Ebd. 505.

101 Julius Rupp, Stellung Deutschlands zum Friedensverein, 13. November 1850, in: Elsenhans (Hrsg.), Julius Rupp (wie Anm. 99), 504.

102 Ebd. 505.

103 August Ludwig von Rochau, Grundsätze der Realpolitik, angewandt auf die staatlichen Zustände Deutschlands. Stuttgart 1853, I u. 218–220.

104 Ebd. 220.

105 Ebd. 186 u. 189.

Bestandteil der „künftigen Schicksale der europäischen Völkerfamilie“¹⁰⁶, aber diese Zukunft erschien ihm infolge der völkerrechtlich degenerierten politischen Struktur des europäischen Staatensystems ungewiss. Zugleich sah er in der Zusammenarbeit mit Frankreich ein ideales Mittel zur Friedenssicherung, doch hielt er diese Kooperation wegen der aggressiven antideutschen Rhetorik in der französischen Presse für unmöglich.¹⁰⁷ Aus beiden Gründen neigte er spätestens seit 1841 zum Realismus und warb für eine Stärkung der deutschen Macht als die einzige mögliche Lösung der Sicherheitsfrage Deutschlands.¹⁰⁸ Während der 1840er Jahre befürwortete er die Meinung, Nachbarländer wie die Niederlande und Belgien an Deutschland anzugliedern, vor allem, wenn dadurch verhindert werden konnte, dass Frankreich sie zuerst annektierte.¹⁰⁹ Wie viele andere Deutsche wünschte sich Rochau jedoch keinen Krieg. Ein starkes Deutschland sollte dazu dienen, Aggressionen von außen abzuschrecken und so zur Erhaltung des Friedens beizutragen.¹¹⁰

VI. Schluss

Die Analyse der deutschen Geschichte um die Mitte des 19. Jahrhunderts mithilfe des Sicherheitskonzepts offenbart ein Gesamtbild, das bisher nur fragmentarisch wahrgenommen worden ist. Zugleich ermöglicht dieser Ansatz, die hier nur skizzierte Entwicklung in den weiteren Horizont der europäischen und möglicherweise sogar globalen Geschichte einzuordnen. Es lässt sich ein Prozess erkennen, den die Zeitgenossen als Niedergang des postnapoleonischen Systems der internationalen Beziehungen wahrnahmen, das aufgrund seiner Unfähigkeit, Frieden und Sicherheit für alle Staaten zu gewährleisten, seine Legitimität allmählich einbüßte. Diese Ansicht fand neben anderen internationalen Ereignissen der späten 1830er und 1840er Jahre vor allem seit der Rheinkrise starken Widerhall. Die wichtigste Folge dieser sich wandelnden Auffassungen war eine Debatte, die sowohl Kritik als auch Lösungsvorschläge enthielt. Die Spanne der Bestrebungen reichte vom „realpolitischen“ bis zum

106 Leipziger Allgemeine Zeitung, 22. April 1841, 1262.

107 Leipziger Allgemeine Zeitung, 6. Juli 1841, 2179.

108 Hans Lülmann, *Die Anfänge August Ludwig von Rochaus 1810–1850*. Heidelberg 1921, 50.

109 Federico Trocini, *L'invenzione della „Realpolitik“ e la scoperta della „legge del potere“*. August Ludwig von Rochau tra radicalismo e nazional-liberalismo. Bologna 2009, 201.

110 Ebd. 189.

normativen „kosmopolitisch“-transnationalen Typus, wobei beide unter dem Paradigma des Sicherheitskonzepts jedoch als Teil derselben Reaktion zu begreifen sind. Folglich waren beide in der deutschen Nationalbewegung präsent.

Die Existenz beider Tendenzen irritiert Historiker und Historikerinnen des deutschen Liberalismus nach wie vor, namentlich die Frage, wie der Wunsch nach Frieden, transnationaler Zusammenarbeit und einem gerechteren System internationaler Beziehungen mit dem Glauben an materielle Macht als wichtigem Garanten für Sicherheit und sogar Frieden in Europa zu vereinbaren sei. Den Zeitgenossen allerdings erschien diese Ambivalenz als gänzlich folgerichtig und als Spiegel ihrer politischen Ziele und Ambitionen. Als ebenso logisch stellte sich der Sieg des Realismus in einer Situation dar, in welcher der normative Ansatz im Gefolge der geopolitischen Debatte keine Aussicht auf Erfolg hatte. Obgleich die Abkehr vom internationalen Idealismus nie absolut war, erwies es sich für den Realismus als völlig ausreichend, ein solches Übergewicht zu erlangen, dass transnationale Lösungen der Kooperation chancenlos wurden.

Es erscheint methodisch fahrlässig, von einer Logik in der Geschichte zu sprechen; in diesem Fall aber dürfte diese Behauptung gerechtfertigt sein. Dies liegt nicht zuletzt auch daran, dass die beschriebene realistische Tendenz keine Besonderheit des deutschen Liberalismus war, sondern sich auch bei sämtlichen europäischen Liberalen fand. Darüber hinaus lässt sie sich auch bei Deutschen und Europäern anderer politischer Verortung beobachten. In Deutschland und Italien manifestierte sich diese Orientierung auf den Realismus in einer Situation, in der es zur Befriedigung des existentiellen Sicherheitsbedürfnisses nur eine einzige tragfähige Lösung zu geben schien: die nationale Einheit, einhergehend mit dem Aufbau einer militärischen Macht zu Lande und zur See und einer umfänglichen territorialen Expansion auf dem europäischen Kontinent und in Übersee. Diese Vorstellung setzte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit den hinreichend bekannten Folgen durch.

Zusammenfassung

In der Mitte des 19. Jahrhunderts verfolgten die gebildeten Deutschen das Weltgeschehen mit großer Aufmerksamkeit. Unter dem Einfluss zahlreicher internationaler Krisen und Kriege begannen sie, die Stabilität der internationalen Ordnung

und die Dauerhaftigkeit des Friedens in Frage zu stellen. Die Hoffnung auf einen langen und gerechten Frieden nach 1815 schwand in den 1840er Jahren schnell. Der Aufsatz zeigt die Reaktion der deutschen Liberalen mit ihren realistischen und internationalistischen Ideen auf, wie sie ihre Überlebenschancen in der Welt, die sie als zunehmend räuberisch wahrnahmen, verbessern konnten. Die Geschichtsschreibung hat diese Reaktion vernachlässigt, obwohl sie im Deutschen Bund und in anderen europäischen Ländern weit verbreitet und ihre Bedeutung für die Herausbildung geopolitischer Ambitionen, die im selben Jahrzehnt ihren Ursprung hatten, für den Rest des Jahrhunderts von großer Bedeutung war. Der Sieg der realistischen Haltung gegenüber der internationalen Politik gab nicht nur Liberalen, sondern vielen Deutschen Anlass, sich Realpolitik, Imperialismus, Kolonialismus und nationalem Chauvinismus zuzuwenden. All dies schien jedoch zu Beginn dieses Prozesses weder beabsichtigt noch erwünscht, stellte er doch eine einfache Reaktion darauf, was die Zeitgenossen als Defizite der postnapoleonischen Ordnung ansahen. Die Sicherheitsperspektive, die anstelle des „traditionellen“ Konzepts des Nationalismus als methodische Grundlage herangezogen wird, trägt zur Klärung der Frage bei, wie sich der Realismus bei denjenigen durchsetzen konnte, die nicht nur einen dauerhaften Frieden, sondern auch eine gesamteuropäische Zusammenarbeit, oft sogar die Schaffung internationaler Organisationen, befürworteten. Selbst die Männer, die heute als eiserne Realisten und Verfechter der Realpolitik gelten, lehnten internationalistische Lösungen nicht ab. Es war ihre negative Wahrnehmung des Zustands der internationalen Politik, die sie von der Notwendigkeit überzeugte, ein mächtiges, Mitteleuropa beherrschendes Deutschland mit starken Streitkräften zu schaffen, das in der Lage war, seine Grenzen zu erweitern und überseeische Kolonien zu gründen. Aus demselben Grund nahmen auch die Anhänger der kleinen organisierten Friedensbewegung in Deutschland eine ähnlich realistische Haltung ein.

Ich danke Wolfram Siemann und Michael Jonas für ihre Hilfe und Unterstützung beim Verfassen dieses Aufsatzes. Diese Arbeit wurde von der Tschechischen Wissenschaftsstiftung im Rahmen des Projekts „The German Response to International Insecurity: The Germans and Europe between the Written Law and the Law of the Mightiest 1839–1853“ finanziert (Nr. GA21–02257S).

Prof. Dr. *Miroslav Šedivý*, Universität Pardubice, Institut für Geschichtswissenschaften, Studentská 95, 532 10, Pardubice, Tschechische Republik